

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen, sowie des Gemeinderates Gröbza.

Postfachkonto: Dresden 1599  
Stroßasse Riesa Nr. 52.

Nr. 263.

Sonnabend, 11. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Beizgerlöhn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibweise (8 Silben) 25.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 6.— Mark. Besondere Tarife, Bewilligung Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Donnerstag, den 10. November 1922, vormittags 9 Uhr  
wird im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft  
**öffentliche Bezirksauschreibung**  
abgehalten.  
Großenhain, am 10. November 1922. Amtshauptmannschaft.

## XV. Nachtrag

zur Ordnung für den städtischen Schlachthof zu Riesa vom 20. Juli 1909  
und der dieser angefügten Gebühren-Ordnung.

I. Die in Riffer I Absatz 1 des XIII. Nachtrags festgesetzten und durch Riffer I des XIV. Nachtrags um 200%, erhöhte Gesamtgebühren wird um weitere 400% erhöht. In dieser Gesamtgebühren ist die Fleischgebühren und die Fleischschneidengebühren in der vom Wirtschaftsministerium festgesetzten Höhe enthalten.

Die Gesamtgebühren betragen hiernach	
für 1 Rind über 125 kg Schlachtgewicht	2025 M.
„ 1 Rind bis 125 kg Schlachtgewicht	1800 „
„ 1 Schwein über 30 kg Schlachtgewicht	1050 „
„ 1 Schwein bis 30 kg Schlachtgewicht	825 „
„ 1 Kalb oder Schaf	600 „
„ 1 Ferkel	450 „
„ 1 Lamm oder Ferkel unter 3 Monaten	225 „
„ 1 laugendes Ferkel	225 „
„ 1 Pferd über 125 kg Schlachtgewicht	2025 „
„ 1 Pferd bis 125 kg Schlachtgewicht	1800 „
„ 1 Esel	1200 „
„ 1 Hund	300 „

II. Die weiter in der Gebührenordnung und den hierzu erlassenen Nachträgen unter Riffer I Absatz 2, 4 und 5, III Absatz 1 unter b, V, VI, VII, IX, X, XI, XII und XIV festgesetzten Gebühren werden um 400% erhöht.

III. Riffer I Absatz 3 im XIII. Nachtrag vom 31. Januar 1922 wird gestrichen.

IV. II. Fleischschneidengebühren für eingeführtes Fleisch.  
Die Gebühren für eingeführtes Fleisch unter Riffer II werden in der vom Wirtschaftsministerium jeweils festgesetzten Höhe erhoben.

V. Riffer I Absatz II wird folgende Riffer IIa eingefügt:  
IIa. Schlachthofbenutzungsgebühren für eingeführtes Fleisch.  
Für in den Schlachthof eingeführtes Fleisch mit Ausnahme von Geflügelfleisch ist eine Schlachthofbenutzungsgebühr (außer der Kontroll- und Reinigungsgebühren) von 4 M. für 1 kg zu entrichten.

Für Be- oder Verarbeiten sind folgende Gebühren zu entrichten:  
a) für ein Stück Großvieh oder für Teile eines solchen 150 M.  
b) für ein Schwein oder für Teile eines solchen 90 „  
c) für ein Stück Kleinvieh oder für Teile eines solchen 60 „

III. Wiegegebühren.	
Die in Riffer III Absatz 1 unter a festgesetzten Wiegegebühren betragen	
für 1 Rind, Pferd oder Esel	45 M.
„ 1 Schwein	30 „
„ jedes Stück Kleinvieh	15 „
„ den vollen Wagen (brutto)	25 „
„ den leeren Wagen (tara)	25 „

VII. Riffer IV erhält folgende Fassung:  
IV. Schlachthofgebühren.  
Die Schlachthofgebühren werden in der Höhe erhoben, wie sie jeweils von den Lohnschlächtern in der Stadt Riesa gefordert werden.

VIII. Die in Riffer XIII „Freibaugebühren“ festgesetzten Gebühren für den Verkauf des Fleisches auf der Freibank werden in der jeweils vom Wirtschaftsministerium festgesetzten Höhe erhoben.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 11. November 1922.

— Fünf vorläufige Vorträge des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz. Schon seit vielen Jahren veranstaltet der allererste sich größter Wertschätzung erziehende Landesverein Sächsischer Heimatschutz, der auch hier eine größere Anzahl von Mitgliedern besitzt (Auschnitt über die Bekreibungen des Landesvereins erteilen gern Herr Kaufmann H. Winter jun. und Herr Lehrer Poppih), Lichtbildervorträge und Volksliederabende, um die Liebe zu unserer engeren Heimat und zu unserem Volkstum zu wecken und zu vertiefen und um Verständnis für unsere Heimat in Vergangenheit und Gegenwart zu verbreiten — und zwar in uneigennütziger Weise. Hochverdienstlich kommt er jetzt nun auch einmal nach Riesa mit einer Vortragsreihe, die sowohl durch die Wahl der Themen als auch durch Namen von allerbestem Range für genussreiche Stunden von vornherein bürgt. Es ist darum mit Sicherheit auf einen sehr starken Besuch der Veranstaltungen zu rechnen. Themen, die noch nicht die rühmlichen Vorträge des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz kennen, sei zugehört: Kommt und lernt sie kennen! Ihr werdet das Schöne und Lieben, was Euch dort durch Wort und Bild geboten werden wird!

— Die Regierungsbildung in Sachsen. Die Berliner Blätter aus Dresden gemeldet wird, haben Vorsteher und Fraktion der USPD in Sachsen beschlossen, mit Unterstützung der Kommunisten wiederum wie vor zwei Jahren ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden. Wie der „Sachsen-Anzeiger“ meldet, heißt der Landesvorkandidat für seine Mitbeteiligung an der Unterstützung der neugewählten sächsischen Regierung die Partei der vereinigten Sozialdemokraten nachstehende Forderungen: 1. Verlegung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, vor allem Brot, Kartoffeln und Kohle zu herabgesetzten Preisen. Heranziehung der staatlichen Betriebe (Wasser, Berg- und Kraftwerke) zur Bekämpfung der Not der arbeitenden Bevölkerung. 2. Zur Bekämpfung der erforderlichen Mittel: Sofortige Umwälzung der Steuern bei den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen. 3. Beschaffung von ausreichender Wohnmöglichkeit; Beschlagnahme der Luxuswohnungen und der nicht voll ausgenutzten Wohnräume; Befreiung derjenigen Wohngebäude, die dies verhindern. Verbot der Betriebsübernahmen durch

die Syndikate in der Bau-Rohstoffindustrie und Beschlagnahme der nicht voll ausgenutzten Betriebe zur Beschaffung billiger Baumaterialien für den Wohnungsbau. 4. Verschärfte gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung des Nahrungsmittelbedarfes. Produktionssteigerung durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen im Alter von 18 bis 68 Jahren. Gezielte Einführung der Produktionskontrolle durch die Organe des Staates von oben und der Arbeiterschaft von unten zur Verhinderung der Produktionsabschottung und wucherischer Preispolitik, sowie der Einkürzung und Stilllegung der Betriebe. 5. Sofortiger Erlass einer Amnestie für politische und aus Not begangene Verbrechen und solcher gegen die §§ 43, 218 und 219 des StGB, unter Ausschluss der Konterrevolutionäre. 6. Verbot der Einfuhr der Teno in Sachsen. 7. Zusammenlegung der Polizei und ihrer Verwaltung aus freigelegentlich organisierten Arbeitern und Angehörigen der Bildung von Arbeiterwehren. 8. Sofortiges Verbot und strenge Verurteilung jeder monarchistischen und antirepublikanischen Aktion in Wort, Bild und Schrift. Sofortige Auflösung aller monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen. Rückwärtslose Entlassung aller Beamten in Justiz, Polizei und Verwaltung, die nicht vorbehaltlos die republikanische Regierung unterstützen. 9. Den Vollversammlung der Betriebsräte und dem periodisch zusammen tretenden Landesbetriebsrätekongress sind von der Regierung alle für die proletarischen Interessen wichtigen Belange vorzulegen zu unterbreiten. 10. Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterregierung Sachsens ist, die Massen zu mobilisieren gegen die verbündete und hantierende Koalitionspolitik und den Kampf aufzunehmen für eine Arbeiterregierung im Reich mit einem klaren Programm über die gesamte innere und auswärtige Politik der deutschen Republik. Unter diesen Voraussetzungen ist die kommunistische Partei bereit, mit der USPD, eine Arbeiterregierung in Sachsen zu bilden.

— Ehrenmal Feldartillerie-Regiment 32 und 68 in Riesa. Das Kriegsgericht unter Herrn Professor Jessenow, Altkaiser und Röhler aus Dresden erkannte zu den 1. Preis Herrn Bildhauer Lange-Dresden, Kaiser Straße, den 2. Preis Herrn Bildhauer Born-Dresden, den 3. Preis Herrn Bildhauer Berger-Dresden. Mit der Ausführung ist begonnen, die Einweihung für Frühjahr in Aussicht genommen. Weitere Mittel sind nötig. Spenden erbeten an Postfachkonto Nr. 18062 Dresden (Major Rob-Dresden).

— Die Feuerung im Oktober. Die vom sächsischen Landesamt allmonatlich festgestellten Feuerungszahlen sind im Oktober 1922 ganz erheblich gestiegen. Für die am teuersten stehenden Eisenbahn-Gemeinschaften (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Auerbach, Sebnitz und Grimma) betrug die durchschnittliche Feuerungszahl im Oktober 17361 Mt. gegenüber 10365 Mt. im Vormonat. Das bedeutet eine Erhöhung von mehr als zwei Drittel (67,5 Proz.) gegenüber nicht ganz zwei Drittel (64,4 Proz.) vom August zum September. Wird die Vorkriegsfeuerungszahl, die 1913/14 im Durchschnitt 9078 Mt. betrug, gleich 100 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage für September eine Feuerungszahl der Lebenshaltungskosten von 11415, im Oktober eine solche von 19120. Die Preise der durch die Feuerungszahl erfahren Lebensbedürfnisse sind demnach im Oktober auf mehr als das 191fache gestiegen. Die Aufpreis für die Ernährung hat sich noch stärker erhöht; sie überstieg das 261fache der Vorkriegspreise.

— Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19. November unverändert zum Preise von 20000 M. für ein Zwanzigmarkstück, 10000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres ebenfalls unverändert zum 450fachen Betrage des Nennwertes.

— Reichsbahn und englische Kohle. Unter dieser Überschrift geht den „Dresdn. Nachr.“ aus dem Hauptbureau der Reichsbahndirektion folgende Mitteilung zu: Die Reichsbahn ist wegen des Mangels an deutscher Kohle seit langen Monaten gezwungen, in großem Umfang englische Kohle zu kaufen. Das bedeutet nicht nur eine harte finanzielle Belastung, sondern ist auch vom Standpunkt des sparsamen Kohlenverbrauches sehr unerwünscht. Die Reichsbahn hat allerdings bereits vor dem Kriege eingehende Erfahrungen mit englischer Kohle gesammelt, so daß sie in der Lage war, auch jetzt die in erster Linie für Lokomotiven in Betracht kommende englische Kohle auszuwählen und das Personal auf die Besonderheiten des fremden Brennstoßes hinzuweisen. Es ist aber ebenso wenig wie bei der deutschen bei der englischen Kohle heute für den Verbraucher möglich, hin und wieder die Befreiung mit Sorten zu vermeiden, die sich beim Gebrauch als weniger geeignet herausstellen. Die englische Kohle verlangt vor allem eine besondere von der in Deutschland üblichen abweichenden Bedienung der Lokomotive. Sie muß, da sie zur Qualm- und Schlackbildung neigt, mit niedriger Brennleistung verfeuert werden. Die Gewöhnung des Personals an die veränderte Feuerungsart wird durch besondere Reizevorsorge durch

IX. Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. November 1922 in Kraft.  
Riesa, am 1. November 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.  
I. S. Dr. Scheider, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.  
I. S. G. Günther, Vorsteher.

Zur Vornahme der Wahl von Versicherungsvertretern als Beisitzer des Versicherungsamtes beim Rate der Stadt Riesa wird folgendes bekannt gegeben:

Wahlberechtigt sind die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes Riesa mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder der Erntekassen, sofern sie im Bezirke des Versicherungsamtes Riesa mindestens 50 Mitglieder haben, die Erntekassen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes Riesa sitzhaften Kassen außerdem nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen.

An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstände wählen bei den Erntekassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes Riesa zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen.

Zur Festsetzung der Stimmenzahl der Kassen werden die erforderlichen Ermittlungen für die Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes Riesa ihren Sitz haben, von Amts wegen vorgenommen. Die Erntekassen und Kassen, die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes Riesa ihren Sitz haben, werden hiermit aufgefordert, binnen 8 Tagen ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden und die Zahl ihrer anrechnungsfähigen Mitglieder nachzuweisen.

Mit vorstehender Wahl wird zur Vereinfachung und aus Sparmaßregeln die Wahl für die Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Sachsen verbunden. Alle sonstigen, auf beide Wahlen bezüglichen Bestimmungen können im Ratshaus, Zimmer Nr. 11, eingesehen werden.

Der Wahltermin wird den Beteiligten bekannt gegeben.  
Versicherungsamt beim Rate der Stadt Riesa, am 11. November 1922.  
Der Wahlleiter. Cuelmal, Stadtrechtsrat.

## Bekanntmachung betr. Ausübung der Polizei.

Durch Abkommen mit der Amtshauptmannschaft Großenhain bezw. der Standortsverwaltung Riesa der Landespolizei (arznei Polizei) ist vereinbart worden, daß die Sicherheitspolizei (Ordnungs- und Verwaltungspolizei) von Montag, den 13. dieses Monats ab bis auf weiteres in dem westlichen Stadtteile, der begrenzt wird durch die Röhlerstraße und dem zwischen dem Grundstück der Speicherei- und Expositions-Aktien-Gesellschaft und der Firma Gebr. Schönlager nach dem Eckstai führenden Wege, und zwar einschließlich der Häuser an der Röhlerstraße, jedoch ausschließlich des Schlachthofgrundstückes durch Beamte der Landespolizei (arznei Polizei) ausgeübt wird.

Den Anordnungen dieser Beamten ist deshalb im bezeichneten Bezirke selbstverständlich Folge zu leisten. Die Polizeiwache für diesen Bezirk befindet sich an der Lommatzker Straße am Haupteingange zur früheren Wollkerfabrik (Fernruf 32). Erlauchen um polizeiliche Hilfe sind aus dem bezeichneten Bezirke dorthin zu richten.  
Riesa, den 11. November 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

616.

Mütterberatungsstunde und Tuberkuloseberatungsstunde in Gröbza finden infolge Ausfall derselben am 9. November 1922 am 16. November 1922 statt.  
Der Rat der Stadt Riesa — Wohlfahrtsamt —, am 10. November 1922.

## Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa

— Bahnhofstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40. —  
Kostenlose Arbeitsvermittlung und Stellennachweis für Jedermann.  
Wohlfahrt für Frauen vorm. 8—10, für Männer 10—12, Uhr.  
Offene Stellen für: 1 Schuhmacher, 1 Friseur, 1 Hotel-Kaufmännchen, 1 Küchenmädchen, 1 Stubenmädchen, mehrere landw. Burken und Mägde, 1 Gärtnerlehrling, 2 Schmiedelehrlinge, 1 Bäckerlehrling, 1 Schweizerlehrling.



geführt, die die einzelnen Stellen über die richtige Handhabung des Lokomotivfeuerungs unterrichten. Die gesamte Kohlenbeschaffung liegt in den Händen des Eisenbahn-Zentralamtes; ein wissenschaftlich vorgebildeter und im Lokomotivdienst praktisch erfahrener Beamter hat die Kohlenlieferanten zu bestimmen, deren Beschaffung erfolgen soll. Die in der Presse aufgetretene Behauptung, als habe die Reichsbahn eine für Lokomotiven ungenügende Kohlenlieferung, nämlich Gasföhr, beschafft, ist völlig unzutreffend.

**Wenigste Geldlotterien.** Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß der Reichsausschuß für Kruppelfürsorge in Sachsen im Dezember 1922 eine Geldlotterie von 200 000 Lose zu je 25 Mark veranlaßt. Ferner wurde dem Reichsausschuß für das Samariterwesen in Sachsen im August 1922 eine Geldlotterie von 200 000 Lose zu je 25 Mark genehmigt, ebenso dem Sächsischen Journalisten- und Schriftstellerverein in Obergma eine öffentliche Geldlotterie in Sachsen mit 20 000 Lose zu je 25 Mark. Der Losverkauf dieser Lotterien erfolgt durch die Firma Alexander Hessel in Dresden.

**Mandatniederlegung des Ministers Stipinski.** Entgegen der von einer Korrespondenz gebrachten Mitteilung, daß der gegenwärtige Innenminister Stipinski seinen Einfluß in der Fraktion der B.S.P. zu erweitern und die Führung an sich zu bringen versuche, erfährt der Teleskop-Zuschendient von zuverlässiger Seite, daß Minister Stipinski das auf ihn entfallende Mandat im Landtag niedergelegt hat. An seiner Stelle wird der Mehrheitssozialdemokrat Berger-Rohwein in den Landtag einzeln.

**Der Präsidenten des Staatsrechnungshofes,** der früheren Oberrechnungskammer, wurde der Vortragende juristische Rat im Finanzministerium Ministerialrat Schick ernannt. An der Spitze des Staatsrechnungshofes stand bisher als Präsident Gehheimer Rat Dr. Wöble, der vor einigen Wochen in den Ruhestand getreten ist. Präsident Walter Schick wurde am 24. August 1874 geboren. Im April 1905 wurde er juristischer Hilfsarbeiter bei der Generaldirektion der Staatsbahnen und arbeitete seit dem 1. November 1905 im Finanzministerium. Im Mai 1910 erfolgte seine Ernennung zum juristischen Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 1911 zum Finanzrat und 1915 zum Oberfinanzrat. Einige Jahre später wurde er zum Geh. Finanzrat ernannt.

**Ein langer und kalter Winter steht bevor.** Der berühmte Polarforscher Max Peabody, der schon im April 1922 einen kurzen und besonders zugehörigen Sommer vorausgesehen und mit dieser Voraussage leider recht behalten hat, kündigt in der „Eisenacher Tagespost“ einen langen und kalten Winter an. Nach seinen Forschungen soll sich der bevorstehende Winter durch Schneewind, Nordwinde, Nebel, viel Nachfrö, wenig Schnee und unangenehme Kälte auszeichnen. Erst im Februar werden sich die weltlichen Depressionen mit größerem Niederschlag bemerkbar machen; aber ob dann schon ein baldiges Frühjahr zu erwarten ist, das hängt von den Eisverhältnissen des nördlichen Eismeres ab.

**Die Bautätigkeit im September 1922.** Im September wurden in Sachsen 126 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen (gegen 192 im August) erteilt, und zwar in den Kreisstädten Chemnitz 11 (16), Chemnitz 41 (64), Dresden 34 (59), Leipzig 32 (33) und Zwickau 8 (20). Diese 126 Neubauten, von denen 117 (184) auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 351 (542) Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 106 (113) Baugenehmigungen für Um-, An- oder Umbauten mit insgesamt 180 (178) Wohnungen erteilt, von denen 6 Not- und Behelfsbauten mit 6 Wohnungen sein werden. — Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 88 (200) Neubauten mit 303 (454) Wohnungen (gegen 130 Neubauten mit 387 Wohnungen im Juli). Hierdurch befinden sich 27 (148) Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also Einfamilienhäuser; 28 (63) mit nur einem, 30 (129) mit zwei Wohnungseinheiten sowie 34 (151) Neubauten gemüßigter Art. Von den 303 (454) Wohnungen entfielen 110 (113) drei, 122 (176) vier und 30 (149) fünf Wohnräume. Durch ausgeführte Um-, An- oder Umbauten wurden 126 (110) Wohnungen gewonnen, darunter 30 (6) in Not- und Behelfsbauten. An Gebäudeabgängen waren im September 5 (8) Wohnhäuser mit 8 (17) Wohnungen zu verzeichnen, sodas der Berichtsmonat insgesamt einen Zuwachs von 431 (547) Wohnungen erbrachte.

**Gründb. Am Montag, 13. November, nachmittags 6 Uhr findet öffentliche Sitzung des Gemeinderates im Sitzungssaal in der Centralstraße statt. Tagesordnung ist aus dem Anschlag im Gemeindegasthaus ersichtlich.**

**Coswig.** Beim letzten abends nach Weichen fahrenden Eisenbahnzuge wurde der Privatins W. Endlich von hier buchstäblich zermalmt. Der Bedauernswerte wollte noch auf den schon rollenden Zug springen, trat aber fehl und geriet unter die Räder, sodas er auf der Stelle getötet wurde.

**Dresden.** Der Rechtschreibverein für Frauen und die Ortsgruppen des Allgemeinen deutschen Frauenvereins und des Deutsch-evangelischen Frauenbundes veranstalteten in der zweiten Novemberhälfte einen Einführungslehrgang zur Vorbereitung für das Amt der weiblichen Schöffen und Geschworenen. Vortragender ist Ministerialrat Dr. Wulffen.

**Dresden.** Eine im Hotel Adlon zu Berlin wohnende sächsische Fräulein hat das Tolleste getan, daß ihr am Mittwoch abend auf der Toilette ein wertvolles Perlenschmuckstück abhanden kam; sie hat dadurch einen Schaden von 20 Millionen Mark erlitten. Auch die Bemühungen der Feuerwehr, den Schaden zu beheben, waren vergeblich.

**Dresden.** Freitag nachmittags fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Rettig von der Reichsbahn-Direktion Dresden im großen Sitzungssaal des Direktionsgebäudes eine Pressebesprechung statt. Nachdem verschiedene die Presse betreffende Fragen allgemeiner Natur beantwortet worden waren, wobei insbesondere eine möglichst schnelle und zuverlässige Berichterstattung seitens der Eisenbahndirektion zugesagt wurde, hielt Oberregierungsrat Dr. v. Schröder einen Vortrag über den Wagenmangel. Dieser sei eine Folge der alljährlich im Herbst eintretenden gewaltigen Steigerung des Verkehrs. Die Eisenbahndirektion sei bestrebt, die daraus entspringenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen. Nach dem Vortrag fand eine Besichtigung des technischen Prüfungs-Laboratoriums statt, wobei Regierungsbaurat Dr. Glöckel an der Hand musterergültiger Apparate eingehende sachkundige Erklärungen gab.

**Heidenau.** Das Gaswerk Heidenau soll vergrößert werden, und zwar ist die Gründung einer Aktiengesellschaft geplant, die den Namen „Gasversorgung Ostschlesien A.G.“ in Dresden „Gosag“ führen soll. An der Aktiengesellschaft werden der Staat, ein von den beteiligten Gemeinden zu gründender Gemeindeverband und die Thüringer Gasgesellschaft zu je einem Drittel beteiligt sein.

**Wien.** Ein biesiger Großindustrieller hat dem Reich und der Stadt eine Million Mark zur Unterstützung von Arbeitslosen überwiesen. Die Inhaber einer biesigen Großhandlung spendeten 100 000 M. zur Unterstützung bedürftiger Gläubiger.

**Saas-Alpe.** Die Annahme, daß die erhängt aufgefundenen Witwe Pauline Körner ermordet worden sei, ist durch die von der Staatsanwaltschaft vorgenommene Untersuchung widerlegt worden.

**Witten (Wauzig).** Das Oberlausitzer Bundesgefängnis hat mit einem Verbleib von dreiviertel Million

Mark abgeschlossen. Der um das Aufkommen des Wertes eifrig bemüht gewesene Generaldirektor Rudolf Hünlich hat diesen Betrag erbeutet und hat damit erneut den Dank des gesamten Oberlausitzer Bergarbeiterverbandes erworben. Er hatte für das Fest seinerzeit seine große Lagerhalle zur Verfügung gestellt.

**Zwickau.** Vor dem Verwaltungsgebäude des Erzgebirgischen Betriebsbauvereins, an dem die letzten anderen Werte des sächsischen Kohlenkongress, Bürgerrecht und Vereinsgesetz, gebrühen, kam es am gestrigen Freitag vormittag zu großen Kundgebungen und Ausschreitungen der Bergarbeiter. Auf den drei Kohlenwerken der Stadt wurde gestern früh die Einfahrt verweigert, da die Bergarbeiter die sofortige Auszahlung einer größeren Abschlagssumme verlangten. Als ihnen von der Direktion mitgeteilt wurde, daß am Nachmittag der Bescheid auf ihre Forderung erteilt werden würde, beruhigten sich die Gewerkschafter und Bergarbeiter und ließen an, nicht aber die Bergarbeiter vom Bürgerrecht und Vereinsgesetz. Diese gingen vielmehr in Trupp von mehreren Hundert vor das Verwaltungsgebäude und verlangten dort unter Drohungen die sofortige Auszahlung. Einige Trupp drangen in das Gebäude ein und forderten den Generaldirektor auf, vor die Masse zu treten und die sofortige bindende Befehle zu erteilen. Mehrere höhere Beamte der Verwaltung wurden tätlich angegriffen, und auch der Generaldirektor, ehe er das Haus verlassen konnte, hart bedrängt. Unter dem Druck dieser Verhältnisse gab der Generaldirektor die Befehle, daß den Bergarbeitern ein sofortiger Vorschuss von 2000, 2000 und 3000 Mark, je nach dem Alter der Leute ausbezahlt werden würde, als Vorschuss auf den Monat November und unter der Bedingung, daß zur Mittagszeit sofort wieder eingefahren würde und überall Ruhe eintrete. Daraufhin gaben sich die Mannschaften mit diesem Bescheid einverstanden auf und gingen wieder ab. (Wozl. Anz.)

**Zwickau.** Der Rat der Stadt beabsichtigt, zur Verminderung der Kosten für Beerdigungen einen Leichenwagen einzuführen.

**Chemnitz.** Auf der Babubahn zwischen Leipzig und Chemnitz starb der 8-jährige Sohn eines Arbeiters, der sich an die Wagengänge gelehrt hatte, aus dem fahrenden Zuge. Der Vater zog die Notbremse, der Zug hielt und der Junge wurde unverletzt aufgefunden. — Ein 13-jähriger Knabe wurde in der Kreuzstraße von einer Kraftfahrmaschine tödlich überfahren. — Im Hauptbahnhof Steinhilber geriet ein Kohlenhändler beim Zurückziehen eines mit Perleiten beladenen Anhängers zwischen diesen und den Lastkraftwagen und wurde erdrückt.

**Leipzig.** Infolge der ungenügenden Finanzlage der Kirchengemeinde ist seit dem Reformationsfest in der Kirche an Leipzigerstraße das Orgelspiel eingestellt worden. Künftig soll die Kirchenmusik durch freiwillige Kräfte ausgeführt werden.

**Schneeberg.** Nach längerer Vorbereitungen ist hier ein Altersverein gegründet worden, der sich die Errichtung eines ortsgeschichtlichen Heimatmuseums zur Sammlung der vielen in der Stadt und Umgebung vorhandenen Altertümer zur Aufgabe gestellt hat. Der neugegründete Verein will mit dem Altersverein in Verbindung treten und der ebenfalls ein Heimatmuseum, das aber die gewerbliche und wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt als den Mittelpunkt des oberen Erzgebirges zeigen soll, in fördernder Weise Hand in Hand gehen.

**Leipzig.** Im Handarbeitsunterricht der biesigen Volksschulen herrscht infolge der Teuerung und des Warenmangels eine bedauerliche Notlage, das es kaum möglich ist, den Anforderungen nachzukommen, die der normale Lehrplan aufstellt.

**Leipzig.** Ein Schlosser aus Eiferwerda hat am 29. Oktober in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof einen Unbekannten kennengelernt, der sich Berger nannte und aus Witten sein wollte. Er hat es verstanden, den Schlosser unter dem Vorwande, auf dem Wittenener Rathaus 1870 Kronen einlösen zu müssen, mit Herber zu locken und ihm 3000 Mark abzuwickeln. Der Bauernjüngling ging auch ins Rathaus hinein, verschwand aber durch irgendeinen Ausgang, während der draußen wartende Schlosser das Nachsehen hatte.

**Leipzig.** In der Nacht zum Donnerstag wurde die „V. P. A.“ berichtet, in der Goethestraße ein äußerst frecher Einbruch ausgeführt. Die Diebe drangen in ein Herren- und Damenmodengeschäft ein und stahlen Waren im Werte von über fünf Millionen Mark. Da die Türen der Geschäfte durch die Diebe nicht geöffnet werden konnten, so haben die Diebe sich davon ab, an diese heranzugehen. Sie brachen deshalb in ein daneben befindliches Freizeiteinzelgeschäft ein. Dort richteten sie einen großen schweren Toiletentisch mit Marmorplatte von der Wand, hingen einen mächtigen Spiegel ab und brachen mit Steinmeißel und Brechwerkzeugen ein großes Loch in die Mauer, die an das Herren- und Damenmodengeschäft grenzte. Durch dieses Loch gelangten die Diebe — es handelt sich mindestens um drei Mann — zu den wertvollen Lagerbeständen der Firma und stahlen eine große Anzahl seidene und Wollekleider, Kleider aus Seide und Feinwolle, Damenmäntel, Kostümsachen mit Pelzbesatz, Damenleidestriktrümpfe, Lederjacken, Mägen und Mäntel aus braunem Klappleder, Schirme, Stöcke und dergleichen. In dem Freizeiteinzelgeschäft wurde die Beute in Kartons verpackt und wahrscheinlich auf einem Wagen weggeführt. Der Geschädigte hat 300 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

### Kunst und Wissenschaft.

**Bogenspielfest der Sächsischen Staatstheater: Dreyenhaus: Sonntag, 12. „Carmen“, 6—10. Montag, 13. Vorstellung für den Verein Dresdner Bogenschießen, „Crosch und Gurobise“, 10—12. Kein öffentlicher Kartentverkauf. Dienstag, 14. „Marta“, 10—11. Mittwoch, 15. „Nigarsch und Gurobise“, 7—11. Donnerstag, 16. „Tosca“, 10—11. Freitag, 17. 2. Sinfoniekonzert, Reihe B. Anfang 7 Uhr. Vormittags 10 Uhr öffentliche Hauptprobe. Sonnabend, 18. „Fosmanns Erzählungen“, 10—11 Uhr. Sonntag, 19. „Salvatore“, 6—10. Montag, 20. Die Einführung aus dem „Verail“, 10—11. Schauspielhaus: Sonntag, 12. „Damenmanns Tochter“, Anfang 10 Uhr. Montag, 13. „Die Propheten“, Anfang 10 Uhr. Dienstag, 14. „Improvisationen im Juni“, 10—11. Mittwoch, 15. „Cavale und Liebe“, Luffe: Luffe Thiesen von Neuen Schauspielhaus in Adnigberg a. G. 7—11. Donnerstag, 16. „Sofantana“, 10. Freitag, 17. Die Frau**

### Wer sein Geld liebt

der kauft Geld, Kupfer, Strömpe, Gerbinnen usw. nur mit dem besten Material, „Zeitungs- und Karten“, Marke „Buchholz im Stern“, weil sie die besten sind.

von Meßing, 7—10. Sonnabend, 18. „Propheten“, 10. Sonntag, 19. „Gerhart-Hauptmann-Wege“, 1. Abend: Festliche Veranstaltung zur Feier von Hauptmanns 60. Geburtstag, 10 Uhr. Montag, 20. „Gerhart-Hauptmann-Wege“, 2. Abend: „Der Diderpels“, 10 Uhr.

**Ein Schiller-Gedächtnis in Leipzig.** In Leipzig kam es an einem Vorlesungsabende, den der Wiener Dichter Arthur Schnitzler hielt, zu großen Tumulten und Ausschreitungen, so daß der Dichter schließlich seine Vorlesung abbrechen mußte. Der Tumult setzte sich darauf auf der Straße fort.

**Ein wertvolles Geschenk.** Ein deutscher Hilfsverein in New York, vertreten durch seinen Präsidenten Dr. Karl Grossmann, hat der Technischen Hochschule Dresden ein wertvolles Mikroskop im Werte von etwa 100 000 Mark als Geschenk geschenkt. Vom „common sense“ der Stifter zeugt es, daß dieses kostbare Instrument gemäß einem Wunsch der Stifter auch für Zwecke der Volkshochschule Dresden zur Verfügung gestellt wird.

**Der Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1921** ist von der Schwedischen Akademie der Wissenschaften dem Prof. Frederick Soddy in Oxford verliehen worden, der Preis für 1922 Dr. Francis William Aston in Cambridge.

### Die neuen Postgebühren.

Neben die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Volk, Postfach- und Telegraphenverkehr und vom 1. Dezember 1922 ab vom 1. Januar 1923 an im Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, wird amtlich folgende Zusammenstellung gegeben:

- Für Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M.
- Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 M., über 20—100 Gramm 8 M., über 100—250 Gramm 12 M.
- Für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 M., über 20—100 Gramm 16 M., über 100—250 Gramm 20 M.
- Für Drucksachen bis 25 Gramm 2 M., über 25—50 Gramm 3 M., über 50—100 Gramm 6 M., über 100—250 Gramm 12 M., über 250—500 Gramm 16 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 M.; für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Griffe oder ähnliche Öffnungsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 2 M.; für Geschäftsbriefe und Umschläge bis 250 Gramm 12 M., über 250—500 Gramm 16 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 M.; für Warenproben bis 250 Gramm 12 M., über 250—500 Gramm 16 M. Für unzureichend freiemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Festbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Wg. nach erhoben; für Wägen bis 1 Kilogramm 24 M.
- Für Pakete bis 5 Kilogramm Rabzone 60 M., Fernzone 120 M., über 5—8 Kilogramm 72 M., 144 M., 6—7 Kilogramm 84 M., 168 M., 7—8 Kilogramm 96 M., 192 M., 8—9 Kilogramm 108 M., 216 M., 9—10 Kilogramm 120 M., 240 M., 10—11 Kilogramm 144 M., 288 M., 11—12 Kilogramm 168 M., 336 M., 12—13 Kilogramm 192 M., 384 M., 13—14 Kilogramm 216 M., 432 M., 14—15 Kilogramm 240 M., 480 M., 15—16 Kilogramm 264 M., 528 M., 16—17 Kilogramm 288 M., 576 M., 17—18 Kilogramm 312 M., 624 M., 18—19 Kilogramm 336 M., 672 M., 19—20 Kilogramm 360 M., 720 M.; Zeitungspakete bis 5 Kilogramm 30 M., Fernzone 60 M.

**Für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete)** die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 1000 M. 6 M., mindestens bei einer Sendung 10 M.; für Postausweisungen bis 50 M. 6 M., über 50—200 M. 10 M., über 200 bis 500 M. 16 M., über 500—1000 M. 20 M., über 1000 bis 2000 M. 24 M., über 2000—5000 M. 30 M., über 5000—10 000 M. 40 M. (Weistbetrag ist von 5000 M. auf 10 000 M. erhöht).

**Die Einschreibgebühr** ist auf 8 M., die Vorgegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 6 M. festgesetzt. Für die Selbststellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 15 M., nach dem Landesbestellbezirk 45 M., für ein Paket 30 M., 60 M.; für die eingeschriebene Postkarten bis einschließlich 50 M. 3 M., über 50—200 M. einchl. 5 M., über 200—500 M. einchl. 8 M., über 500—1000 M. einchl. 10 M., über 1000—2000 M. einchl. 12 M., über 2000—5000 M. einchl. 15 M., über 5000—20 000 M. einchl. 20 M., für je weitere 10 000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 10 M., für bar geliehene Postkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50 M. für eine Postkarte; für Kassenscheine, die bar geliehene beinhalten werden, 1 v. T. des Scheckbetrages, für Barauszahlungen mit Postcheck 5 v. T. des Scheckbetrages. Im Fernverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M., für Ortstelegramme Grundgebühr 10 M. und außerdem für jedes Wort 5 M., für Aufstellung bei ungenügender Anschrift 10 M.

**Die Inlandsgebühren** für Briefsendungen, Wertsendungen, Postausweisungen und Pakete gelten auch nach dem Sarggebiet (jedoch Wägen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Bayern und Österreich (Wägen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

**Die Auslandsgebühren** betragen vom 15. November 1922 ab: für Postkarten 24 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 18 M., für Briefe bis 20 Gramm 40 M., jede weiteren 20 Gramm 20 M. (Reichtgewicht 2 Kilogramm), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 30 M., jede weiteren 20 Gramm 20 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 8 M.

**Die Fernspreckgebühren** betragen ab 1. Dezember für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerseite aus 3,50 M., für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung bis 5 Kilometer einchl. 3,50 M., von mehr als 5—15 Kilometer einchl. 10,50 M., von mehr als 15—25 Kilometer einchl. 17,50 M., von mehr als 25—50 Kilometer einchl. 28 M., von mehr als 50—100 Kilometer einchl. 42 M., über 100 Kilometer für jede angelegene weiteren 100 Kilometer 21 M. mehr.

### Vermischtes.

**Zwei internationale D-Sugdiebe verhaftet.** Die Berliner Kriminalpolizei ist einer internationalen D-Sugdiesbande auf die Spur gekommen. Der Rumäne Josef Haidbaum und ein junger Berliner Richard Hise, sind bereits verhaftet worden. Haidbaum erregte auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin Verdacht, er lieg in Wittberge aus, wo er festgenommen wurde. Hise wurde auf dem Rehrter Bahnhof verhaftet. Bei Haidbaum sind zwei Wägen mit Weiser und Chloroform gefunden worden.

**Eisenbahnunfall bei Hamburg.** Drelling früh fuhr in dichtem Nebel ein Triebwagen der Vorrordbahn auf einen auf Bahnhof Wandsbeker Chaussee haltenden



Dampfang auf. Der Wagen des Dampftrages entleert; 5 Personen, von denen 2 ins Krankenhaus überführt werden müssen, wurden schwer, 25 leicht verletzt.

Ein neues Vorkaufsrecht. Aus Hamburg wird gemeldet: Der Schiffer Klaus Hill aus Harnburg, der seinen mit Steinen beladenen Ewer in Vellech zu Witten beabsichtigt, ist dort nicht angekommen. Der Ewer ist aber herrenlos an Witter geborgen worden. Das Tschiff war mit Hut beladen, und der Schiffer fehlte. Hill botte größere Summen bei sich. Man fand in der Kiste aber nur noch acht Mark. Es liegt starker Verdacht vor, daß aus der Wüchsbierg. Seilanstalt ausgebrochene Verbrecher Hill auf seinem Schiff überfallen, ausgeraubt und die Leiche über Bord geworfen haben.

Die Tochter des Hauses. Eine Witwe, die in Neudorf ein Papiergeschäft betreibt, besuchte eine ihr bekannte Familie in der Dornmühlstraße und lezte dort ihren Mantel, der auch die Schlüssel zu der Wohnung und den Geschäftsräumen enthielt, im Vorsaal ab. Als sie wieder heimkehrte, machte sie die unangenehme Entdeckung, daß ihr unterdessen alle Wert- und Schmucksachen, im ganzen für mehrere Millionen Mark, gestohlen worden waren, dazu auch noch ein Reisekoffer, in dem die Leiche ihre Beute weggeschafft hatten. Der Diebstahl fand jetzt ihre überraschende Aufklärung. Eine Tochter der Familie, bei der die Witwe zu Besuch gewesen war, hatte heimlich die Schlüssel aus der Manteltasche genommen und ihrem Geliebten, einem Versicherungsbeamten, zugesteckt. Dieser hatte dann im Verein mit zwei Freunden die Wohnung der Besucherin gründlich durchsucht. Die Beute hatte er zunächst zu einem Bekannten gebracht, um sie dann zu Geld zu machen. Jetzt ist er mit seiner Geliebten verschwunden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 11. November 1922.

### Der Plan einer Teilung Oesterreichs.

Wien. Zu dem Artikel des „Popolo d'Italia“, in dem die Idee eines neutralen Alpenstaates propagiert wird, der Nordtirol, Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Steiermark umfassen soll, erhalten die Innsbrucker Nachrichten von besonderer Seite Ausführungen, die die Möglichkeit des Bestehens solcher Absichten auf Grund von verschiedenen Ansichten darlegen. Auch bei der Zusammenkunft zwischen Dr. Giesch und Schaner soll von einer Teilung Oesterreichs in eine tschechoslowakische und eine italienische Interessensphäre die Rede gewesen sein. In einem Artikel des „Stammes“ heißt es: „Mögliche die Sanierungsaktion, so können wir gewärtig sein, daß die in Venedig in großen Zügen festgelegte Teilung Oesterreichs von unseren Nachbarn durchgeführt oder durchzuführen versucht wird. Italien hätte dann mit einem Male eine direkte Verührung mit Deutschland durchgeleitet. Für uns Grenzdeutsche in Oesterreich, schließt das Blatt, erwächst aus dem Anschlag auf unser Volkstum die Pflicht, die Sanierungsaktion des Bundesstaates zu fördern, denn wir wissen, welche Gefahr uns droht. — Hierzu schreibt die „Wiener Allg. Ztg.“: Aus der Ausrückung des Oesterreichs erhält man den Eindruck, daß ein ähnlicher Plan zum mindesten noch vor kurzem existiert hat und daß er in demselben Moment aktuell werden könnte, in dem die Sanierungsaktion scheitert. Daraus ergibt sich ganz deutlich, wie überflüssig und verfehlt große Worte von unserer angeblichen Freiheitsberaubung durch die Wälderkontrolle sind. Man hat jetzt eine Vorstellung, wie die tatsächliche Verfassung aussehen würde, falls das Sanierungswort scheitern sollte. Sein Gelingen also und nur dieses bedeutet unsere Freiheit.

Derabnahme der Kohlenpreise in der Tschechoslowakei. Prag. Wie die Blätter berichten, haben die Verhandlungen der Regierung mit den Braunkohlegrübern bereits zu einer teilweisen Ermäßigung der Kohlenpreise geführt und infolgedessen zu einer Herabsetzung der Kohlenpreise geführt. Es wird jedoch damit gerechnet, daß in den aller-nächsten Tagen eine weitere Senkung der Braunkohlenpreise erfolgt.

### Der deutsche Botschafter in Moskau über seine Aufgaben.

Moskau. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Russ. Telegraf. Agentur äußerte der neue deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rongau seine große Befriedigung über den ihm von Tschitscherin und Kalinin bereitetem Empfang. Die jetzigen Leiter des Sowjetwesens Sowjetstaats seien gerade Leute, deren Anblick am meisten bedürfe. Seine Mission bestände in der Schaffung einer Atmosphäre größter Vertrauen und größter Herzlichkeit zwischen den beiden Völkern. Aus seinen Begegnungen mit den Vertretern der Sowjetmacht, aus seinen

Einblicken von der Seite des Gegenüberes der Oktoberrevolution, aus den Demonstrationen und der Parade der Roten Armee habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sowjetmacht unerlöschlich sei und daß dem russischen Volke eine große historische Zukunft bevorstehe. Deutschland sei gegenwärtig geschwächt und könnte Rußland keine materielle Hilfe leisten. Er werde aber alle Maßnahmen ergreifen, um die technische Hilfe zu verstärken und das wirtschaftliche Band zwischen den beiden Staaten zu befestigen. Der in Vorbereitung befindliche deutsch-russische Handelsvertrag werde den gegenseitigen Beziehungen der beiden Völker feste Umrisse geben und ihre wirtschaftliche Verbindung erleichtern. Graf Brockdorff-Rongau hob schließlich hervor, daß er drei Jahre lang dem diplomatischen Dienste ferngeblieben sei und daß er keine Einmischung nur zur Uebernahme des Postenamtens in Moskau annehmen werde und entschlossen sei, in Rußland zu bleiben, um alle Maßnahmen zur Annäherung der beiden Länder auszuführen.

### Der englisch-französische Außenhandel.

Paris. Der „Temps“ schreibt in einem Leitartikel, die französische Politik könne zu keinem jener neuen Handelsverträge die Hand bieten, die gewisse Leute — gemeint ist hauptsächlich das „Echo de Paris“ mit seinen Versicherungen von getrennt vormittag — mit England zu machen, vorzuschlagen. Frankreich könne nicht den Engländern erklären: „Ich gebe euch im Orient nach, geht ihr mir auf dem linken Meeresufer nach. Mit diesem Verfahren werde Frankreich vielleicht sein gesamtes Orientverhältnis einbüßen, ohne übrigens England damit einen Dienst zu erweisen. Dagegen würde es am Rhein nichts gewinnen und würde sich ebensowenig Abteilungen von seinen Deutschen verschaffen. Wenn Frankreich bezahlt werden sollte, möge es sich nicht an Nachlässe halten. Im Orient hätten wie Deutschland gegenüber Frankreich sollte England nebeneinander bestehende und auseinanderstrebende Interessen. Es handelte sich darum, sie mit einer klaren Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

### Der Sultan will nicht abhandeln.

Paris. Wie das von Konstantinopel berichtet, hat der erste Sekretär des Sultans vorgeschlagen, am 9. November, formell erklärt, daß der Sultan um seinen Preis abhandeln werde.

Paris. Nach einer von der Morgenpresse wiedergegebenen Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora den Kompromißvorschlag zurückgewiesen, der von Mustafa Pascha mit den alliierten Regierungen ausgearbeitet wurde, um die Notwendigkeit der alliierten Okkupation in den Forderungen der Nationalisten in Bezug auf die Völkerverteilung der Regierung von Konstantinopel zu verbinden. In den alliierten Kreisen werde die Lage als sehr ernst bezeichnet.

Paris. Ministerpräsident Poincaré hat nach dem „Echo de Paris“ dem englischen Botschafter die Antwort auf das Verlangen Lord Cursons übergeben, daß Frankreich, England und Italien sich über eine gemeinsame Verhandlungsstrategie vor der Konferenz von Lausanne ins Benehmen setzen möchten. Poincaré nimmt den Gedanken einer vorherigen Berechnung wohl an, will aber die Zusammenkunft nicht aufgeschoben wissen. Sie müsse den Charakter einer interalliierten Verhandlung tragen. Mit dieser Einschätzung wolle der französische Staatsmann jedenfalls bestehen, daß es nicht zweckentsprechend wäre, wenn die drei alliierten Mächte schon jetzt die Unabhängigkeit ihrer Stellung aufgeben würden; nur freie Verhandlungen könnten wünschenswert, und a priori gebilligt man zu verstehen, daß man auch mit den Alliierten ebenso verhandeln werde, wie mit den andern alliierten Völkern. „Echo de Paris“ meint, die englische Regierung sei ebenfalls der Ansicht, daß, wenn Frankreich, England und Italien sich zur Konferenz begeben würden, ohne sich vorher gebunden zu haben, wenig Aussicht bestehe, in Lausanne zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

### Der berliche Schah verläßt Frankreich.

Marseille. Der Schah von Persien, der sich mehrere Monate in Frankreich aufgehalten hat, ist hier eingetroffen und wird sich heute an Bord eines englischen Passagierdampfers nach Bombay einschiffen.

## Turnen, Sport und Spiel.

Handball. Am Sonntag treffen sich im Verbandsspiel Turnverein Miesla gegen Allgemeine Turnverein Miesla. Auf das Ergebnis dürfte man gespannt sein, da beide Mannschaften in kürzester Aufstellung antreten werden. Beginn des Spieles ummittags 8 Uhr. Spieler und Turner kommt und umfäumt den Platz in Massen. Zeigt einer Interesse für unsere Turnspielbewegung.

## Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau. 5. Fortsetzung.

Mit brennenden Augen sah er vom Eingang des Wintergartens in den grünen Tanz der wirbelnden Paare.

Das schwache Parfüm der großen Gesellschaft, die Atmosphäre der vielen Menschen legte sich gleichsam erstickend auf seine Brust, daß er für Minuten unbemerkt ins Treppendhaus hinaustrat, um frische Luft zu schöpfen.

Als er dann in dem Tanzsaal zurückkehrte, wurde Lotte soeben wieder von einem Gardesvallerischen in den Kreis der Tanzlustigen entführt.

Unmutig ging er durch den Wintergarten nach dem Rauchzimmer hinüber und sah hier wohl eine halbe Stunde lang in trüber Verwirrung, kaum auf eine Frage verloren Vohfeld gebend, inmitten der plaudernden und spielenden Herren.

Der Anblick der Goldstücke, die sich vor den einzelnen Spielern bereits zu kleinen Bergen aufgehäuft hatten, gemahnte ihn auf einmal wieder an seine eigene verarmte Lage, die in so schneidendem Widerspruch zu dem blendenden Reichtum stand, in dessen Glanz er sich heute schon den ganzen Abend bewegte.

Und während ihm die Ausrüstern der rheinischen Montanwerke und amerikanischen Eisenbahnpapiere in schwindelnden Millionenpekulationen umschwirrten, überlagerte er in Gedanken, wie er mit den Reiten seines letzten Finanzmarktstückes noch bis Ende des Monats seinen Lebensunterhalt bestreiten sollte.

Jetzt erst kamen ihm die Folgen der am Morgen eingegangenen Ablehnung seines Romans, über die er in den sich drängenden Ereignissen des Tages noch gar nicht recht nachzudenken vermocht hatte, voll zum Bewußtsein.

Ob er doch der Bitte Lottes willfahrte und morgen kurz entschlossen ihre Hand erbat?

Mit einem verholtenen Blick streifte er das Gesicht des Kommerzienrats, der sich soeben, behaglich lachend, in seinen Stuhl zurücklehnte und seinem Nachbar mit einer achsellosen Handbewegung ein Goldstückchen zuschob.

Warum mußte gerade dieser Mann der Vater Lottes und der Kommerzienrat Hausmann sein?

Dieviel leichter würde ihm seine Werbung unter beideren, einflussreichen Verhältnissen gefallen sein als hier, wo er sich von dem kalten Materialismus des Geldes fast erblickt fühlte, wo der vornehme Diener, der ihm jetzt mit feierlicher Grandezza ein Glas Chateau d'Yquem kredenzte, vielleicht hundertmal reicher war als er selbst, dem er in zwei Stunden schon einen wesentlichen Teil seines Vermögens als Leihgabe hinsetzen mußte.

## Jetzt ist noch Zeit

auf halben November das Miesler Tagesblatt zu bestellen. Meldungen werden täglich von Leitungsträgern und zur Vermittlung an diese auch von der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59, angenommen.

## Raninchenkrankheiten.

Die Raninchen sind gar vielen Krankheiten ausgesetzt, die fast immer auf Unreinlichkeit, schlechte Fütterung und allgemeine Unordnung zurückzuführen sind, darum heißt es, wenn wo anders, also ganz besonders in der Raninchenzucht prophylaktisch, d. h. verhütend zu Werke zu gehen. Denn Krankheiten sind immer viel leichter zu vermeiden als zu heilen. Als Hauptheilmittel für alle Krankheitsfälle gilt, das erkrankte Tier sofort, nachdem man die Sache merkt, in ein reines Gefäß mit frischer Luft und reiner Nahrung zu verbringen und mit dem Futter zu wechseln, d. h. in der Regel nur in Milch eingeweichtes Brot in kleiner Menge, frisch zubereitet, zu reichen. Im Uebrigen behandle man die verschiedenen Krankheitsfälle wie folgt:

1. Durchfall. Dieses ist die häufigste Krankheit und ist leicht zu kurieren durch Mischung von Schwarzbrot, trockener Mele und im kochenden Wasser durch Oxium; man gebe einen Teelöffel voll laue Milch oder reinen Rotwein mit 2-3 Tropfen Opiumtinktur ein und zwar täglich eine Portion bis zur vollständigen Beseitigung des Uebels.

2. Verstopfung. Diese rührt fast immer vom Ueberfressen her, also in erster Linie Nahrungsreue angefaßt, neben Anwendung von Ricinus-Öl.

3. Die Räude. Dieser Hautauschlag läßt sich in der Regel durch Bädungen mit Carbolsäure und Wasser (1:200) beheben. Auch ungelöschter Kalk im Wasser aufgelöst oder Schwefelsäure sind zuverlässige Mittel.

4. Der Krampf-Rheumatismus stellt sich meistenteils bei älteren Tieren an den Hinterfüßen ein, welche in ausgedehnten Räumen krampern müssen. Warmhaltung und Einreibung von Branntwein eventuell Spiritus sind in der Regel schnell wirkende Mittel.

5. Kollik. Rafft nicht selten ganze Bestände an Jungen dahin, ohne daß sich dagegen etwas tun läßt. Immerhin ist es gut, die Tiere, sobald man Kenntnis von solikartigen Erscheinungen bekommt, sofort in Einzelhaft zu verbringen und nur trockenes, leicht in Milch gewaschenes Weizenbrot zu füttern.

6. Typhus. Die gefährlichste aller Krankheiten erkennt man leicht daran, daß die Tiere traurig sind, appetitlos umherliegen und aus den Mundwinkeln trüben, befallene Tiere bringt man sofort ins Freie, falls die Witterung es erlaubt und füttere wie bei Kollik angegeben.

7. Augenkrankheiten. Fast immer auf Unreinlichkeit, beziehungsweise allzu starkem Geruch des Urins zurückzuführen. Man versuche dadurch zu lindern resp. zu heben, daß man leichte Bädungen mit Eisenrind- und Kamilletee vornimmt.

8. Geschwülste. Nicht selten kommt es vor, daß das Guter der Mutter nicht genügend Milch erzeugt und die Jungen abkann an Unterernährung zugrunde gehen. Sieht hernach die Milch zu spät ein, so bekommt die säugende Mutter häufig geschwollene Guter, die abkann von Eiterung ergriffen zu werden pflegen. Hier helfen nur operative Eingriffe, die man bei wertvollen Tieren jedoch am besten dem Tierarzt anheimstellt. Ausbrüchen des Eiters nach dem Ausschneiden der Geschwulst muß stets mit kalten Bädungen begleitet sein.

9. Wasserucht. Ist in der Regel die Folge von allzu saftigem Futter, man läßt das Wasser durch leichte Siebe ab, hebt sich das Uebel jedoch nicht in Wäde, so ist ein Schlachten der befallenen Tiere der einzige Ausweg.

Noch erübrigt es bei diesem Kapitel auf die überaus vorkommende Appetitlosigkeit zu verweisen. Hier hilft in der Regel ein Futterwechsel sofort, in Milch gerührtes Weizenbrot und ein Einsäugen von leichtem Kamilletee beseitigt das Uebel in der Regel schon nach wenigen Tagen. D.

## 1 1/2 Dinsful Zink

erhalten durch eine Offizin. Einmal täglich ein Glas voll Wasser, 2-3 mal täglich ein Glas voll Wasser, 2-3 mal täglich ein Glas voll Wasser. Einmal täglich ein Glas voll Wasser, 2-3 mal täglich ein Glas voll Wasser.

In diesem Augenblick öffnete sich die Korridortür und der Portier überreichte dem Hausherrn ein Telegramm. Der Kommerzienrat warf einen flüchtigen Blick auf die Adresse, löste den Verschlussstreifen und faltete das Papier mit einem Scherzwort langsam auseinander.

Dann aber fuhr er in tödlichem Erschrecken verhärtet von seinem Stuhl in die Höhe.

Sein welgerötetes Gesicht war aschfahl geworden; mit zitternden Fingern tastete er nach einem Haak an der Lehne seines Stuhles.

Und plötzlich brach ein leises Keuchen aus seiner Brust und er schlug, den Spielstisch mit der Wucht seines schweren Leibes vor sich herkschleudend, in dumpfem Falle jah vornüber auf den Fußboden.

Eine kurzatmige Aufregung entstand. Sämtliche Herren waren gleichzeitig aufgesprungen und bemühten sich um den reglosen Körper.

Irgend jemand hatte dem Schwerverwundeten den beengenden Krager gelöst und rief nach Wasser. Nach längerer Zeit gelang es einem jungen Arzt, der zufällig in der Gesellschaft anwesend war, sich in dem allgemeinen Tumulte Geltung zu verschaffen.

Der Kommerzienrat wurde auf seine Anordnung von zwei Dienern aus der Dunstatmosfera des Rauchzimmers in einen Nebenraum getragen und dort behutlos auf eine Chaiselongue gebettet; dann schickte der Arzt, ein befremdeter, energisch auftretender Mann, die besorgt nachdrängenden Herren in das Rauchzimmer zurück und nahm hierauf mit Kuris Hilfe eine rasche Untersuchung des Kranken vor.

„Es handelt sich zweifellos um einen schweren Schlaganfall“, sagte er endlich nach langen, bangen Minuten. „Wie weit sich die Räumung erstreckt, läßt sich zurzeit festlich noch nicht übersehen! Jedenfalls bedarf der Herr Kommerzienrat jetzt aber absoluter Ruhe! Ich möchte Sie daher bitten, Herr Kommerzienrat, einen sofortigen Abbruch des Festes zu veranlassen, indes ich für eventuelle weitere Zwischenfälle verläufig bei unserm Patienten verbleibe.“

„Da haben wir übrigens wohl den Rentier, der das ganze Unglück hier verschuldet hat!“ schloß er, dem Kommerzienrat das gerinterrte Telegrammformular vorföchtig aus der Krampfhaft geballten Rechten nehmend. „Diese großen Geschäftleute kommen ja nie aus den nervengerrütenden Aufregungen heraus!“

Die beiden Herren waren unter die elektrische Mittelkrone getreten und schauten gleichzeitig in das verhängnisvolle Papier.

„Schwere Explosionskatastrophe!“ las der Arzt mit halltauer Stimme. „Besamier Fabrikkomplex in Flammen! Zahlreiche Menschenleben verloren! Sofort kommen!“

Eine halbe Stunde später schloß der Portier das Gartentor der Villa Hausmann hinter den letzten Gästen. Die Nachricht der schweren Erkrankung des Kommerzienrats war das Signal zu einem allgemeinen Aufbruch gewesen.

In panischer Eile hatte man sich nach häftiger Verabschiedung von der Hausfrau, die nur mühsam ihre äußere Haltung bewahrt, in die Garderoben gestürzt, als fürchte man bei längerem Verweilen noch mit in die geheimnisvolle Katastrophe hineingezogen zu werden, die unsichtbar über der Hausmannschen Familie zu schweben schien.

Wagen auf Wagen fuhr in der großen Vignette des Renaissanceportals vor.

Die Autos winkten und flüchten, dazwischen schraubten und leuchteten die Automobile.

Die riesige Raubtieraugen glühten die mächtigen Neonlaternen durch das trübe Dunkel des nächtlichen Novemberabends; die geschlossenen Fensterscheiben spiegeln sich mit matten Regenreflexen auf dem nassen Asphalt; dahinter, leblosen Statuen gleich, die unbeweglichen Gestalten der verummumten Chauffeurs.

Kurt hatte zusammen mit Schmettau die Villa als einer der letzten verlassen.

Die Erinnerung an die soeben durchlebte, erschütternde Szene sirtete noch in mächtigen Schwüngen in seiner Seele nach.

Zum ersten Male war er ein unmittelbarer Zeuge eines jener elementaren Ereignisse gewesen, durch die ein Mensch von seiner stolzen Tafelhöhe plötzlich herabstürzt und aus der Vollkraft scheinbarer Weisheit heraus in ein hilflos-elendes, sprach- und bewegungsunfähiges Geschöpf verwandelt wird.

In bedrücktem Schweigen ging er dann an der Seite des Freundes die stille Tiergartenstraße entlang.

Ueber den düsteren Himmel schleiften die Regenwolken träge und schwer dahin, fast wie eine Art Frühlingsahnung lag es in der lauen, erregenden Luft. Zuweilen blinzte ein Stück des Mondes blutrot hindurch; dann schimmerten die stolzen Tiergartenwälder wie verzauberte Schlösser und die schwarzen Stämme hoben sich unheimlicher aus der verschwommenen Delle. Am Brandenburger Tor bemerzte Kurt plötzlich seinen Schritt.

„Was meinst du, Fritz, wollen wir schon heim, oder gehen wir noch auf eine Tasse Kaffee zu Bauer?“

„Selbstverständlich Bauer!“ entsetzt der Leutnant. „Ich bin durch den heutigen Abend so aus meinem gewöhnlichen Gleichgewicht gekommen, daß ich für die nächsten drei Stunden doch nicht schlafen kann!“

„Gut, dann gehen wir.“



**Ankauf Gold — Silber — Platin — Ganze Gebisse Einzelne Zähne — Juwelen Gegenstände und Bruch aller Art.** **Baark** **Riesa, Bismarckstr. 65 parterre, Ecke Klötzerstr.**

**Schäferhündin entlaufen** Abzugeh. geg. Belohnung bei Maleki, Hauptstr. 55.  
**Schlafstelle frei** Bobbier Str. 7.  
**Suche der sofort** 1 oder 2 saubere **putzoblierte Zimmer** (Wohn-, Schlafk.), Nähe d. Raff.-Wih.-Platz, bevorzugt. **Baummeister W. Thau.** Offerten unter N 8 9043a an das Tageblatt Riessa.

**Welt. Mädchen v. Lande** wünscht Bekanntschaft eines Herrn zw. Heirat. Dessen, welchen an Einbeziehung gelegen ist (Witwer nicht ausgeschlossen), woü. ihre Adresse u. O B 9052 im Tabl. Riessa niederlegen.

**Jüngere Aufwartung u. saubere Wäsche** sucht **P. v. d. Ludewig.** Gröba, Spinnereistraße 1.  
**Schreibgew. Kraft**, die auf Nebenberd. angew., bittet um Uebertrag. schriftl. Arbeiten jed. Art, d. saub. Ausführa. sie zusichert. Angeb. u. N 2 9050 an Tagebl. Riessa.

**Bewanderte Montoristin** sucht sofort **Franz Burkhart,** Kartoffelgroßhandlung, Strehla a. G.

**Suche Stellung als Wirtschaftlerin** in frauenlos. Haushalt. Zu erst. im **Gasthof Gantig.**

**Suche Stuben-, Hans-, Groß-Kl.-Mägde, Knechte, Osterk. Köhler, Stellen.** Schulstr. 17

**2000 M. Belohnung** nach Kaufabschluss dem, der mir ein H. Hund an dem Lande, am liebsten mit Feld, gleich wo, nachweist. Auszug, dem Objekt entsprechend, ev. gemährt. Offerten unt. N Y 9046a an das Tageblatt Riessa.

**Österreichische Kuchstute** mit Brand, 188 cm, mit **Autostierwagen** (abnehmbar, Holz u. Verdeck) wegen Abschaffung zu verkaufen. **Zommachisch, Promenade 2.**

**Pferd (Schimmel)** mittelgroß, lammfromm, guter Hieber und Geber, preiswert zu verkaufen **Gröba, Döbner Str. 19.**

**Guterh. Handtöcher** zu kaufen gesucht. Off. unt. N X 9045 an Tagebl. Riessa.  
**4 Hund Gänsefedern** aus Privat zu verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Riessa.

**Gebr. Jambadewanne** od. Sigm. zu kaufen gesucht. Offerten unter N Y 9049 an das Tageblatt Riessa.  
**Kinderbettstelle** zu kaufen gesucht. Off. unt. N W 9047 an Tabl. Riessa.

**Gebr. Piano** od. Tafelkavier a. Privat. z. Kauf, gesucht, desgl. noch gut. D. Wintermantel. Off. m. Preisangabe unt. O A 9051 an Tagebl. Riessa.

**Guterh. Damenmantel** für schlanke Figur zu verk. Zu befristigen Sonntag vormittag von 10-12 Uhr **Gröba, Döbner Str. 18, 1. r.**

**Ein dunkler Auszug,** wenig getragen, für mittelstarke Verlon. z. verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Riessa.

**2 Waffenröcke** v. v. **Pausitzer Str. 24, 1. l.**

**6 Herrenulster** bis 5000 M. Herren- und Kinder-Anzüge und -Hosen billig zu verkaufen. **M. Reichelt, Marzdorf 7.**

**Heimatschutzvorträge.**  
**4 Lichtbildervorträge**  
**1 Volksliederabend** ::  
Beginn **Dienstag, 14. Nov.,** abends 8 Uhr im **Hotel Oßfner, Riessa.**  
Gefrat **Professor Seyffert-Dresden:**  
**Modeschönheiten — Modetorheiten.**  
Eintrittskarten zu 100.— M., gültig für 5 Vorträge, im **Blagarrenh. Wittig,** Wettinerstraße 8, und in der Buchhandlung **J. Siller,** Hauptstraße 79.

**Bereinsnachrichten**  
**Deutsche Kavallerie,** Dienstag, 14. Nov., abends 8 U. Monatsverf. im **Gambrius b. Kam. Schröder,** Riesaer Sportverein s. D. Alle Jugendmitglieder Sonntag pünktlich erscheinen. (Siehe Sport.)

**Im Schützenhaus** heute abend **fideles Keglerkränzchen.**  
**Café Promenade.** Morgen Sonntag **Künstler-Konzert.**

**Schützenhaus Riessa.** Sonntag, 12. November **feine öffentl. Ballmusik.** — Anfang 4 Uhr. —

**Gasthof Mergendorf.** Sonntag von 5 Uhr an **feiner öffentlicher Ball.** Dazu ladet freundlich ein **Paul Röber.**

**Gasthof Gröba.** Sonntag, den 12. November **feine öffentl. Ballmusik.** Hierzu ladet freundlich ein **Paul Grohe.**

**„Admiral“ Bobersen.** Sonntag, den 12. November **grosse Ballmusik.** Anfang 5 Uhr. Saal geheizt.

**Gasthof Gohlis.** Sonntag, 13. Nov., zur **feine Ballmusik.** **Kirmes,** von 4 Uhr an **Kirmes-Montag** **großes Konzert u. Ball** — Anfang 7 Uhr. — Hierzu laden freundlich ein **J. Kunze, Dörfloh.**

**Gasthof Münchritz.** Sonnabend abend 7/8 Uhr und Sonntag 1/4 Uhr **großes Preis-Skaten.** Sonntag nachmittag 6 Uhr **feine Ballmusik.** Ergebenst ladet ein **Max Menzsch.**

**Bekanntmachung.** Die Preise für markenfreie Ware sind ab Montag, 13. November 1922, folgende:  
1 Pfund Roggenbrot . . . . . 100 M.  
1 Brotchen . . . . . 15 "  
1 Pfund Zwieback . . . . . 60 "  
Brotgeld für 1 Pfund Weizenmehl zu Brotchen inkl. Gese . . . . . 20 "

Wegen der hohen Wiederanschaffungskosten für **Ruchendekel und -blech** sind wir gezwungen, dieselben nicht mehr außer Haus zu geben. Wir müssen daher unsere geehrte Kundenschaft bitten, bei Abholung des Gebäckes selbst für solche zu sorgen.  
**Bäcker-Innung Riessa.**

**Patentanwaltsbüro Sach,** Leipzig, Erbl. 2.

**Wettiner Hof Café Central** Sonntag 4 Uhr **Elite-Ball** Sonntag 11-1 Uhr, 6-12 Uhr **Künstler-Konzert**  
Neue verstärkte Hauskapelle. Fanfaren-Musik. Neueste Schlager. Um recht regen Zuspruch bittet **W. Franke.**

**Riesa „Hotel Höpfer“** Bismarckstrasse (gutgeheizter Saal)  
Donnerstag, den 16. November 1922, abends 8 Uhr **KONZERT**  
**Violinvirtuos Carl Garaguly, Budapest.** Pianist **Hans Klüglich, Chemnitz.**  
Aus der Vortragsfolge: Werke für Violine v. Beethoven, Kreutzer, Paganini, Sarasate, Wieniawski. Werke f. Klavier v. Chopin, Schubert. — Eintrittskarten zu 65.— M., 48.— M. u. 30.— M. (einschl. Steuer) in der Buchhandlung von **Hoffmann, Riessa,** Hauptstr. Telefon 107.

In der **Autowerkstatt Riessa** **F. Böhm & Co. — Telefon 725 und 145** werden **Reparaturen jeder Art an Automobilen, Motorpflügen und Motorrädern** zu schneller und fachgemäßer Ausführung unter Garantie übernommen.

**Zur Pflanzung** empfehle alle Baumkulturartikel in vorzüglicher Qualität und großer Auswahl zu konkurrenzlosen Preisen. Besonders günstig jetzt großer Vorrat **veredelte Sandpflaumen** zu Straßenpflanzungen. Um die Ware nicht zu verteuern, erscheint dieses Angebot nur einmal.  
**P. Morhinweg, Gärtnerei Lentewitz bei Riessa.**

**Parkett fussböden** für Fabrik- und Wohnräume direkt auf alte ausgelegene Dielen und Massivböden zu verlegen. Billiger und haltbarer als Linoleum. **Parkettfabrik Gustav Goldig jun., Auerbach i. V. Fernr. 84.**

**Zaschentücher** — in allen Arten — nur f. **Wiederverkäufer** **A. Elfenhardt, Dresden, Ullandstr. 19 l.** (nahe Hauptbahnhof). Geschäftszeit 8-6.

**Lumpen, Papier — Altmetalle** **Alteisen** kaufe im Hofe von **Café Wolf, Pausitzer Straße.** Größere Mengen hole ab. **Wilhelm Nauf.**

Für die überaus zahlreichen Ehrungen und Beweise, welche uns zu unserer Vermählung zuteil wurden danken nur hierdurch herzlich zugleich im Namen unserer Eltern. **Rudolf Heise u. Frau** Hamburg. Martel geb. Weser.

**Frieda Schmidt** **Max Preusser** Verlobte  
Zeithain Langenberg  
12. November 1922.

**Elisabeth Nössig** **Arno Barth** grüßen als Verlobte  
Frauflitz Neubitzstein  
November 1922.

Die Verlobung ihrer Kinder **Rosel und Hermann** geben hiermit bekannt **Clara verw. Berger** geb. Jänicke **Hermann Jänicke** und **Frau Pauline geb. Jänicke** **Riesa, 12. November 1922.** **Rosel Berger Hermann Jänicke** Verlobte. **Freital Freiberg.**

**1 Damenrad** guterhalten, zu verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Riessa.

**1 oder 2 Kuben Dünger** zu verkaufen evtl. gegen Strohd umzutauschen **Gaubtstr. 37.**

**Asthma** kann in etwa 15 Wochen geheilt werden. Sprechstunden in **Dresden, Falkenstr. 15, 2 Tr.** jeden Montag von 10-1 Uhr. **Dr. med. Alberts,** Spezialarzt f. **Atkmalleid.**

**Rat für Frauen** Alle hygien. Artikel, Tropf. Tee, Summiwaren etc. Bei Anfragen Rückporto erd. **O. Konietzky,** Leibzig 8, Eldonienstr. 24, part. r., Ecke Elisenstraße.

**Auskunft** u. Privat-Vermögensverhlt. **Beobachtung Ermittlung** in Ehescheidung, Alimentat., anonym. Briefschreiber etc. **Esser Poppitzer** Str. 37, p.

**Kirchennachrichten.** 22. Trinitatissonntag 1922. **Vaußh. 1/9** Predigt in **Jahnishausen, Koßl. 1/2** Unterredung **U. Darnach Jungfrauenverein.**

**Geschlechtsleidende!** Heilung ohne Geschlechts-, ohne ständige Einnahme, ohne Herbeif. i. schmerz. **Bruchstr. 2, 1. u. 2. Stock, Dresdner Str. 1, 1. u. 2. Stock, Dresden.** **Dr. med. H. Schumann, G. m. b. H., Sommerfeld 98 N.-L.**

**Prima Sternzwirne** gibt unter Fabrikor. lauf. ab nur an **Wiederverkäufer** **Walter Bauger, Dresden-N. 22** — Fernsprecher 28278. —

**Die Zeitungs-Anzeige** übertrifft an Schnelligkeit alle übrigen Reflektoren

**Klavierstimmer** ständig hier. Telefon 609. **Dahler, Wettiner Hof.**

**Stückfohle** empfiehlt feinen- und zentnerweise **Paul Wenzel, Gröba.**

**Eschenstämme** kauft jeden Posten **Ernst Taubenheim,** Holzblegerei, Zommachisch.

**Sturz-Buttermaschinen** mit Kraft- u. Handbetrieb **Handbutterfässer** und alle **Böttcherwaren** empfiehlt **Böttcherei B. Zaupitz** Marktstraße, Fernruf 292.

**Häute und Felle** gerbt und kauft **Paul Jungfer, Gerberrei** **Großenbainer Straße 31**

**Holzhaar tauft** zum höchsten Tagespreis **Fa. Otto Striegler** Riessa, Hauptstraße 56.  
**Goldparmänen** hat abzugeben **Rinne, Großenbain.**  
**Gasth. Bahnhof Wulkwitz** Morgen Sonntag **öffentliche Ballmusik** wozu freundlichst einladet **Kurt Dommisch.**  
**Gasthof Sichtenlee.** Sonntag und Montag **Kirmesfeier mit Ballmusik** wozu freundlichst einladet **E. Wittig.**  
**Gasthof Weida.** Sonntag und Montag von 6 Uhr an **großer Kirmesball.** Ergebenst ladet ein **Karl Gebdwitz.** Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.



### Der augenblickliche Stand der Rentnerfürsorge.

Um die grauenvolle Not der Zeit in ihrem ganzen Umfange begreifen zu können, muß man sich immer wieder vergegenwärtigen, daß in Deutschland viele Tausende von alten hilflosen arbeitsunfähigen Menschen leben, die für das ganze Jahr über ein Einkommen von 800 bis 1000 Mark zu verfügen haben. Nach den statistischen Erhebungen, die der Deutsche Städtebund veranstaltet hat, steht 45 Prozent der Kapitalrentner die genannte Summe zur Verfügung. 41 Prozent besitzen ein Einkommen von 1500 bis 3000 Mark, 11,5 Prozent bis 6000 Mark und nur 1,1 Prozent zwischen 8000 und 10 000 Mark und der verbleibende Bruchteil 1 Prozent über 10 000 Mark. Selbst die „Bolschewisten“ dieser Volksgenossen haben also im ganzen Jahre nur über ein Bruchteil dessen zu verfügen, was der jüngste Angestellte heute monatlich bezieht. Endt erft, nachdem bereits tausende dieser alten Leute schweigend verbungert waren, hat man sich zu Hilfsmaßnahmen entschlossen, die auch heute noch gänzlich unzureichend sind. Werden doch Rentner mit einem Einkommen, das die Höhe der Arbeitslosenunterstützung übersteigt, von den Maßnahmen der öffentlichen Wohltätigkeit gänzlich erfaßt. Die Rentnerfürsorge gliedert sich in Maßnahmen des Reiches, des Staates, der Gemeinden, der privaten Wohltätigkeit und endlich zuletzt, aber nicht am bedeutungslosesten, in Taten der Selbsthilfe. Nach einer Aufstellung des deutschen Städtebundes aus ungefähr 60 Städten kommen durchschnittlich auf 1000 Einwohner drei Rentner. Die Höchst- und Mindestzahl betragen 18,9 auf 1000 Einwohner in Würzburg und 0,1 Rentner in den Städten des Industriegebietes.

Ein Erlass des preussischen Wohlfahrtsministeriums vom August 1922 regelt die Verteilung der staatlichen Mittel in Preußen und zwar in der Hinsicht, daß die Gemeinden mindestens den gleichen Betrag, wie er aus Landesmitteln als gebundener Zuschuß überwiesen ist, aufzubringen und für die Rentner restlos zu verwenden haben. Kapitalfremdung in Stiftungsform ist nicht angedacht. Zunächst hat jeder in Frage kommende Rentner die in einem Erlass vom Januar festgesetzte einmalige Barunterstützung von 1200 bzw. 1500 Mark zu bekommen. Die Fürsorgemaßregeln haben sich auf die Beschaffung der Winterverpflegung, Beschaffung von Naturalien, Vermögensverwaltung mit Rente, Krankenversicherung und ähnliche Notwendigkeiten zu erstrecken. Preußen hat besonders im Juli des Jahres einen Betrag von 600 Millionen als einmalige Beihilfe zur Verfügung gestellt, die übrigen Länder sind seinem Beispiel gefolgt. Die praktische Regelung der Fürsorge nach den Richtlinien der Staaten liegt bei den Gemeinden. Sie ist in fast allen Städten der Fürsorgeämtern übertragen, vereinzelt hat man sich auch privater Organisationen bedient. Durch Delegation von Vertretern der Vertreter der Rentner ist die Möglichkeit von Berücksichtigung besonderer Wünsche geschaffen. Nur wenige Städte haben leider bisher über die Gewährung einmaliger Beihilfe hinaus weitergehende Maßnahmen getroffen. Sie bestanden im Abschluß von Darlehen und Leihrentenverträgen, Unterbringung von Rentnern in Heimen, Verbilligung notwendiger Bedarfsmittel wie Lebensmittel, Kleidung, Heizung, Unterfütterung bei Hausratsverwertung und endlich in der Schaffung einer Krankenversicherung. Das letztgenannte geschieht meist auf dem Wege der Beschaffung von Rindfleisch, von denen besondere Fürsorgeleistungen noch zwei Drittel tragen. In Rathenow werden alle unterstützungsbedürftigen Rentner aus Gemeindefonds bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert. In verschiedenen Städten sind private Vereinigungen geschaffen, die notleidende Rentner unterstützen. Ländliche Vereinsmitglieder verpflichten sich beispielsweise zur Lieferung von Nahrungsmitteln, andere spenden Geld. Hier und da ist es auch üblich geworden, daß irgendwelche Vereine die Ernährung bestimmter Rentner übernommen haben. Der Reichslandbau hat ebenfalls, besonders auf dem Gebiete der Kartoffelverföhrung, helfen eingegriffen.

Die Selbsthilfe der Rentnerschaft ist organisatorisch im deutschen Rentnerbund zum Ausdruck gebracht. Vorbildlich auf dem Gebiete der Selbsthilfe ist Cassel, aber auch kleinere Rentnerstädte, wie Berningerode am Harz, haben wertvolle Arbeit geleistet. Durch gemeinsamen Einkauf, vielfach auf dem Genossenschaftsweg, ist eine Versorgung zu den mindestmöglichen Preisen gesichert. In Cassel ist ein Rentner-Lagerhaus mit Aufenthaltsräumen und vier Kleinwohnungen eingerichtet worden. Auch eine Schreibstube hat gute Einnahmen erbracht und mehrfachen dort beschäftigten und angeleiteten Rentnern die Möglichkeit zum Uebergang in eine bezahlte Stellung gegeben. Letzteres ist, wo es nur irgend möglich ist, natürlich das besterwerbste. Doch wird leider die Notlage der Rentner der Armen, besonders in Städten, wo ein großes Angebot vorliegt, vielfach rücksichtslos ausgenützt. Besonders einige große Versicherungsgesellschaften treiben gegen geringe Entschädigung geradezu Raubbau mit den Kräften der alten Leute.

Was bisher geschehen ist, verschwindet angesichts der täglich wachsenden Not bis zur Bedeutungslosigkeit, wenn auch guter Wille und Hilfsbereitschaft anerkannt werden müssen. Helfen könnte den Rentnern nur eine Befestigung der Mark auf einem so hohen Wertstande, wie er selbst von den größten Optimisten für ausichtslos und leider in mancher Beziehung auch für gefährlich im Hinblick auf das Erwerbsleben gehalten wird.

### Der Reichspräsident im Berliner Rathaus.

Reichspräsident Ebert wohnte gestern im Berliner Rathaus einer Sonderung des Magistrates bei. Oberbürgermeister Böck begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache. An seine Begrüßungsworte schloß sich ein Vortrag über die Gesamtlage der Stadt Berlin. Reichspräsident Ebert erwiderte mit längeren Ausführungen, in denen es u. a. zum Schluß heißt: „Sien Sie überzeugt, daß auch das Reich den wirtschaftlichen Mühen der großen Städte Verständnis und volle Aufmerksamkeit entgegenbringt, daß es in den Grenzen, die die eigene Notlage ihm zusetzt, zur Hilfe bereit ist. Wenn es dem Reiche gelingt, sich wieder aufzurichten, werden auch die Städte wieder aufleben und der sie jetzt bedrückenden Sorgen Herr werden. Dann wird auch dem neu geschaffenen Selbstverwaltungskörper Groß-Berlin mit seiner Bevölkerung von über vier Millionen Menschen innere und äußere Befundung und gezielte Weiterentwicklung beschieden sein.“

### Eine neue Steueraktion der Beamten.

Die Vertreter der Epochenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter hatten am 10. November eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister über die Notwendigkeit einer neuen Steueraktion. Die Entscheidung des Reichsfinanzministers ist für Anfang der nächsten Woche in Aussicht gestellt.

# Ein Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

## Die Umbildung der Reichsregierung.

Mehreren Berliner Blättern zufolge empfing der Reichskanzler gestern die Führer der Koalitionsparteien, sowie der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zur Fortsetzung der Aussprache über ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Der Reichskanzler machte längere Ausführungen, in denen er erklärte, der Reichspräsident habe ihn nunmehr mit der Umbildung der Reichsregierung beauftragt. Er wolle dieses Problem sofort in Angriff nehmen und, wie es im „Tageblatt“ heißt, zu diesem Zweck mit den ihm geeignet scheinenden Männern der Wirtschaft in Verhandlungen eintreten. Es liegt also, wie die „Bolsche Zeitung“ und das „Tageblatt“ schreiben, nicht in der Absicht des Reichskanzlers, die sogenannte große Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei und eventuell der Bayerischen Volkspartei zu verwirklichen, sondern vielmehr unter Einziehung von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft, die zum Teil der Deutschen Volkspartei nahe stehen, ein Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu bilden. Wie das „Tageblatt“ wissen will, hat der Abg. Hermann Müller als Sprecher der Sozialdemokraten erklärt, daß seine Partei gegen den Eintritt von Männern der Wirtschaftspartei in die Reichsregierung niemals etwas einzuwenden gehabt hätte. Dagegen sei die Sozialdemokratie nach wie vor gegen ein offizielles Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei. Den Blättern zufolge soll für den Posten des Außenministers der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie Geheimrat Cuno in Aussicht genommen sein.

## Der „Vorwärts“ gegen Stinnes.

Unter der Überschrift: „Stinnes sagt den Kampf an“ teilt der „Vorwärts“ gestern als einziges Berliner Blatt mit, daß Stinnes am Donnerstag in einem Aufsatz des Reichswirtschaftsrates eine Rede gegen die Note der Reichsregierung und gegen die Gutachten der ausländischen Sachverständigen gehalten habe. Er sei dabei vor dem Gebrauch der verächtlichen Ausdrücke nicht zurückgeblieben. Er wolle unter seinen Umständen eine Stabilisierung der Mark, er verlange vielmehr die restlose Beilegung des Notstands und die Rückkehr zu einer gesunden Arbeitszeit. Stinnes habe dabei als Vertreter der Schwerindustrie gesprochen, die jetzt alle Kraft einsetze, um die Mark weiter in den Abgrund zu treiben. Der „Vorwärts“ sagt weiter, die Tatsache, daß Stinnes dieselbe Rede einige Tage früher bereits vor den ausländischen Sachverständigen gehalten habe, könne man kaum anders als Landesverrat bezeichnen. Es sei daher vollkommen verständlich, daß bei den ausländischen Sachverständigen der Eindruck entstand, daß man schließlich mehr Angst vor der deutschen Industrie als vor der französischen Regierung haben müsse.

In dem „Vorwärts“-Artikel heißt es dann noch: Nicht der Notstand hat bisher die Steigerung der Produktion in Deutschland verhindert, sondern die gewaltige Verletzung des Produktionsapparats, die durch die Inflation erzwungen wurde. In fast allen Industrien ist die Arbeitsleistung gegenwärtig wieder auf den Friedensstand herabgesunken oder hat ihn überschritten. Im Bergbau wie in der übrigen Schwerindustrie, in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie und in zahlreichen anderen Gewerben ist die Leistung pro Kopf des einzelnen Arbeiters heute höher als früher. Wenn die Gesamtleistung der deutschen Industrie trotzdem hinter ihren früheren Leistungen zurückbleibt, so nicht nur wegen der mit den Gebietsverlusten verknüpften Verkleinerung der Produktionsbasis, sondern vor allem, weil die Großindustriellen jede positive Leistung zur Steigerung der Erzeugung durch technische Verbesserungen, durch produktive Verwendung ihrer Mehrerträge unterlassen haben. Stinnes ist ja ein lebendiges Beispiel dafür. Statt neue Kohlenföschte anzulegen, hat er erst kürzlich 100 Millionen Mark verwendet, um sich in den Besitz der Berliner Handelsgesellschaft zu setzen, nachdem er vorher ungezählte andere Unternehmen mit eigenem oder fremdem Kapital in seine Abhängigkeit gebracht hat. Die Rückzahlung der abgerufenen Gelder möchte er natürlich lieber bei einem Dollarstand von 30 000 als bei einem solchen von 3000 vornehmen. Der „Vorwärts“ knüpft an seine Mitteilungen die Folgerung: Die politische Situation sei jetzt klar. Mit Stinnes gebe es keine gemeinsame Arbeit. Wegen seines Verlusts, die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund zu reißen, weil das ihm und einer Handvoll Schwerindustrieller Nutzen bringe, gebe es nur den schärfsten Kampf. Das gelte nicht nur für Herrn Stinnes, sondern für alle, die ihm politisch hörig seien.

Aus führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt, daß es nicht zutrifft, daß sich Stinnes in der Ausschüßung des Reichswirtschaftsrates, die übrigens streng vertraulich war, grundsätzlich gegen eine Stabilisierung der Mark gewendet und daß er auch hierin in den „verächtlichsten Ausdrücken“ gesprochen habe. Den Ausgangspunkt für die Ausführungen des Abgeordneten Stinnes, auf die dieser Artikel anspielt, bildeten heftige Angriffe gegen ihn in dem Sinne, daß er den Verfall der deutschen Mark wünsche. In seiner Erwiderung führte Stinnes aus, daß jeder Industrielle ein Interesse an der Befestigung der Mark habe, stelle dann allerdings die Voraussetzungen, unter denen die Markstabilisierung erfolgen könnte, in den Vordergrund. Die Telegraphen-Union teilt dazu das folgende mit: „Der „Vorwärts“ verbreitet in seinem gestrigen Leitartikel, daß Herr Hugo Stinnes sich Mitgliedern der Reparationskommission gegenüber in einem Sinne geäußert habe, der die Deutung zuließe, daß Herr Stinnes und der Industrie an einer Stabilisierung der Mark nichts gelegen sei. Diese Ausführungen des „Vorwärts“ sind in jeder Beziehung unwahr. Herr Stinnes hat vor Mitgliedern der Reparationskommission überhaupt niemals eine Rede gehalten und auch einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission keinerlei private Äußerungen in dem unterstellten Sinne gemacht.“

## Die Antwort der Reparationskommission

auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 8. November lautet: Die Reparationskommission hat die gestern von Ihnen mitgeteilte Note der Deutschen Regierung nebst den ihr beiliegenden Akten zum Kenntnis genommen. Wie die Kommission, die zum Zwecke einer Untersuchung hergekommen ist, schon vor ihrer Abreise bestimmt hatte, wird sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris die ihr von Ihnen unterbreiteten Vorschläge oder andere, mit denen Sie sie etwa noch zu befaßen für angezigt halten, über die Gesamtheit der Fragen, die sie mit Ihrer Regierung erörtert hat, einer Prüfung unterziehen.

## Noch ein Gutachten.

In dem der Reichsregierung zuletzte ausgegangenen Gutachten von Differius, Dubois und Rautenka heißt es: Eine dauernde Stabilisierung der Mark sei unmöglich, solange die Wapiergeldinflation fortdauere und die Zahlungsbilanz infolge des Einfuhrüberschusses, der Kapitalflucht ins Aus-

land, der Abneigung gegen die Mark im Inlande, der Sachlieferungen und Verzögerungen für die Reparationen passiv bleibe. Die Vorbedingung für eine dauernde Stabilisierung der Mark sei das Verschwinden der bei der Reparation liegenden Inflationssachen. Der Reichshaushalt müsse also tatsächlich ausgeglichen werden. Der außerordentliche Reichshaushalt dürfte nicht mit den Ausgaben für Kapitalinvestitionen belastet werden, die sich verschoben lassen, noch dürfe der außerordentliche Reichshaushaltplan Voraussetzungen für die Reparationszahlungen enthalten, die die einmaligen Ueberschüsse aus den Einnahmen des Reichshaushaltes übersteigen. Dazu seien strenge Sparmaßnahmen, Verringerung des Personals und ein allmählicher Abbau der Ernährungsaufwände nötig. Leider lägen keine genauen Unterlagen für Deutschlands Zahlungs- und Handelsbilanz vor. Das Defizit dieser Bilanzen komme von dem Nachlassen der Ausfuhr. Als eine der Ursachen hierfür sei die Verringerung der Produktionskraft angeführt worden, daher müsse diese angehoben werden. Als wichtigste äußere Ursache würden die der Einfuhr deutscher Waren ins Ausland bereiteten Hindernisse angeführt. Im Auslande habe man aber nicht grundlos über die heftige Konkurrenz der deutschen Industrie geklagt, die zum Ruin mehrerer Industriezweige geführt habe. Wollte Deutschland, daß die Einfuhrbeschränkungen ihm gegenüber aufgehoben, so dürfe seine Konkurrenz nicht auf der Billigkeit seiner Waren infolge des Tiefereinstehens seiner Wäute beruhen. Die gegenwärtig abnorme Entwicklung der Einfuhr werde durch Deutschlands Verflechtung begünstigt, ausländische Waren hereinzulassen, sowie durch das Hoch im Westen. Die Kohleneinfuhr sei vor allem eine Folge der Kohlenlieferungen an die Alliierten. Andererseits müsse die deutsche Steuergesetzgebung berücksichtigt werden, daß sie bei einer Besteuerung über gewisse Grenzen hinaus die Kapitalflucht herausfordere und ihr auch durch die drakonischen Maßregeln nicht vorbeugen könne. Jeder Versuch der Markstabilisierung sei gegenwärtig zwecklos, wenn die Reparationszahlungen nicht bis zu dem Augenblicke aufhören, wo Aufricht für eine Sicherung des Gleichgewichts bestehe.

Da eine der Bedingungen der endgültigen Markstabilisierung die sei, daß Deutschlands Zahlungsbilanz nicht mehr ungenügend sei, müßten die vorerwähnten nachteiligen Faktoren beseitigt werden. Sobald diese Voraussetzungen auf dem Wege der Verwirklichung seien, müsse die Papiermark ihre Eigenschaft als Wertmesser völlig verloren haben und ein neuer beständiger Wertmesser geschaffen werden, am besten durch eine neue Goldmark. Infolge der Verarmung der Volkswirtschaft sei es jedoch angezeigt, statt der bisherigen Rechnungseinheit eine kleinere zu wählen, die zur Erleichterung der Umrechnung einen Teilbetrag des Pfund Sterling oder des Dollar ausmachen sollte, z. B. ein vierstelliges Pfund Sterling, ein halber Shilling oder ein Zehntel Dollar. Diese Einheit solle neue Goldmark genannt werden. Bedarfs Durchföhrung der Markstabilisierung solle eine Goldbank mit einem Grundkapital von 100 Millionen Dollar geschaffen werden, die von der Reichsbank in Gold eingesahlt werden müßten. Für die Gegenwerte erhalte die Reichsbank die Aktien der neuen Goldbank, wodurch die Passiva der Reichsbank keine Verringerung erfahren würde. Bis zur Gründung dieser Bank sollte ein Komitee aus Vertretern des Finanzministeriums, der ausländischen Geldgeber und der Reichsbank die ersten Stützungsmaßnahmen veranlassen.

## Barthou über den Berliner Aufenthalt der Reparationskommission.

Die Agence Havas veröffentlicht folgende Äußerungen, die Barthou ihrem Berliner Vertreter gegenüber getan hat: Die Reise der Reparationskommission nach Berlin war ein Gebot der Notwendigkeit. Sie hat in der Hauptstadt ihren Zweck erfüllt. Zweck der Reise war es nicht, die Fragen an Ort und Stelle zu entscheiden, sondern sie dokumentarisch festzulegen und ihre Lösung vorzubereiten. Ueber die Männer und über die Lage haben wir vieles erfahren, was uns sonst unbekannt geblieben wäre. Indessen haben unsere Bemühungen es nicht dahin gebracht, daß wir die Vorschläge erhielten, die wir mit Recht erwarten durften. In Deutschland ist die Angst vor der Verantwortung nicht weniger groß als die Kapitalflucht. Die Noten der deutschen Regierung über die Stabilisierung der Mark gleichen nur sehr entfernt dem genannten Plane, den sie uns versprochen hatte. Was sie vorgeschlagen hat, sind Anregungen, aber keine Lösungen. Ich will keine Vermutungen über die Entscheidungen anstellen, die die Kommission treffen wird, und ich will auch insbesondere nichts sagen, was eine Einigkeit, deren wirklame Kraft die deutsche Regierung bei allen untern Bemühungen geföhlt hat, zerstören oder auch nur schwächen könnte. Aber als Delegierter Frankreichs werde ich die Rechte meines Landes verteidigen. Ich weiß, daß ein Gläubiger seinen Schuldner nicht ruinieren darf, aber ich weiß auch, daß ein Gläubiger sich nicht zum Vorteil seines Schuldners ruinieren soll. Frankreich hat nicht so viele Opfer gebracht und ist nicht soweit entgegengekommen, um zu sehen, wie man ihm notwendige Garantien verweigert oder sie zurückzieht. Niemand kann von Frankreich erwarten, daß es die Wägung bis zur Auflösung treibt.

## Eine Unterredung mit Bradbury.

In einer Unterredung mit Reuters Berliner Vertreter sagte das englische Mitglied der Reparationskommission Bradbury: Unter Versuch in Berlin war möglich in dem Sinne, daß jedes Mitglied der Kommission jetzt von der Schwere der Lage überzeugt ist. Und wir alle sind der Meinung, daß, wenn eine Katastrophe vermeiden werden soll, sofort Schritte unternommen werden müssen, um die Mark zu stabilisieren, den Daushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die schwebende Schuld einzubringen. Mein französischer Kollege und ich halten daran fest, daß die Verantwortung für die zu ergreifenden Maßnahmen bei der deutschen Regierung verbleiben muß. In der Tat haben wir während unserer ganzen Anwesenheit in Berlin eng zusammengearbeitet. Und über keinen Beratungsgegenstand gab es irgend eine Meinungsverschiedenheit. Natürlich ist es nicht möglich zu sagen, wie weit diese Harmonie aufrecht erhalten werden kann, wenn wir zur Beratung der sehr schwierigen Frage der Ausdehnung der Konzeptionen kommen, welche Deutschlands Reparationsgläubiger zu machen haben, um dem Plan für die Stabilisierung der Mark einigermaßen Ausblick auf Erfolg zu geben. Aber auch hier gab es keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit und keinen Widerstreit zwischen britischen und französischen Interessen. Keine der beiden Nationen wünscht größere Konzeptionen zu machen als unbedingt nötig ist. Bevor jedoch die deutsche Regierung einen bestimmten Aktionsplan aufstellt und uns offen sagt, welche Konzeptionen sie als wesentlich betrachtet, um den Plan zur Ausführung zu bringen, kann nichts Nützliches geschehen. Vom Gesichtspunkt des Fortschritts in der Richtung auf die Verwirklichung eines solchen Planes ist unser Besuch in Berlin eine Enttäuschung gewesen.



Zum Schluss sagte Brabburg sein persönliches: „Ich habe so geringes Vertrauen in die finanzielle Zukunft jeder Konvention oder Finanzpolitik, welche nach meiner Ansicht unermesslich dazu führen wird, daß der Franken den Weg der Welt geht, daß ich, wäre ich ein Franzose, um die Lage zu retten, noch nachdrücklicher als ich es jetzt schon tue, dafür einträte, alle Konventionen zu bewilligen, die sich zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion von Konvention und Reichsregierung als notwendig herausstellen. Aber weder die Reparationskommission, noch ein Vorkriegsgericht, noch eine internationale Konferenz kann als gültige Instanz eingreifen. Wenn die deutsche Regierung keinen Mut hat und seine Mittel und Wege findet, sich selbst zu helfen, so können wir ihr nicht helfen. Wenn sie weiter ihre Arme kreuzt und auf die Katastrophe wartet, so kann sie und wird sie wahrlich ein schreckliches Märtyrer werden, gegen welche der Rhein zur eine schwache Barriere bilden und gegen die auch der Kanal sich als unmerklich erweisen wird, deren erster Stoß aber auf jeden Fall zu Hause ausgefallen werden muß.“

### Wahrung Bonar Law's zu „gemeinsamem Handeln“.

Aus London wird gemeldet: Bonar Law erschien Donnerstagabend wegen einer Erklärung erst nach Beendigung des Banketts in der Guildhall. In seiner Rede erklärte er, daß große Ziel einer jeden Regierung, die aus Ruher komme, sei die Sicherung des Friedens. Für den Augenblick könne unmittelbarer Friede durch den Völkerbund nicht gesichert werden. Was die Lage in Konstantinopel betreffe, so hätten die Alliierten bisher in vollkommener Uebereinstimmung gehandelt; dauere diese fort, so würden die Schwierigkeiten sicher überwunden werden. Es gebe im Augenblick nur einen Weg, durch den der Friede gesichert und die Schwierigkeiten in Europa überwunden werden könnten, und dieser sei, daß die Alliierten, die den Krieg zusammen gewonnen, auch gemeinsam handeln, um den Frieden zu sichern, den sie allein sichern könnten. Sicher wissen die Alliierten und die französische Regierung so gut wie die Britische, daß man nicht auf einem Teile des Feldes einig und auf dem anderen Teile uneinig sein kann, daß überall Einigkeit herrschen muß, da sonst ein Arbeiter überbaut unmaßlich ist. Bonar Law bezeichnet die Ansicht, daß England seine eigennützigen Interessen in der Reparationsfrage allen milde gegenüber Deutschland geltend hätte, weil es mehr als andere Nationen vom Ruherhandel abhängig und weil daher die Wiederherstellung Deutschlands und die Wiederherstellung des englischen Handels mit Deutschland ein gleichzeitiger Vorteil für das britische Reich sei, als einen völligen Irrtum. Es sei vollkommen wahr, daß es im Interesse der gesamten Welt liege, daß sich Zentraluropa erhole. Deutschland sei jedoch, obwohl es ein großer Abnehmer war, auch ein großer Verursacher gewesen, und es sei vollkommen sicher, daß, soweit materielle Interessen in Betracht kämen, die Erholung Deutschlands von diesem Standpunkt aus mindestens ebenso nützlich für Frankreich wie für England sei. Bonar Law erklärte: Wir beginnen mit gutem Willen und wir wissen, daß er überall herrscht. Wir beginnen mit einem Wunsch an unsere Alliierten: wir beginnen mit der Uebereinstimmung, daß sie ebenso denken wie wir und daß wir übereinstimmen müssen, da sonst Chaos die Folge sein wird, und ebenso wie wir im Krieg übereinstimmten, so habe ich die Hoffnung, daß wir es ermahlichen werden, bei der Herstellung des Friedens ebenfalls übereinstimmen.“

### Lebensmittelmurhen.

Freitag vormittag kam es in Berlin zu Lebensmittelmurhen. Eine Menge, die mehr aus Frauen bestand, drang im Norden in ein Lebensmittelgeschäft ein und nahm die im Laden befindlichen Brote weg. Freitagabend kam es nach Berliner Blättermeldungen in dem Berliner Industriequartier Rast zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften. Es wurden die Vorräte der Läden zertrümmert und die angebotenen Waren geraubt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, welche die großen Verkehrsstraßen durchzog, wurde schließlich durch ein hartes Aufgebot von berittener Polizei auseinander gedrängt.

Die Ernährungsdeputation des Berliner Magistrats hat für nächste Woche den Preis für das Vier Pfund auf 135 Mark, das ist das 70fache des Friedenspreises, festgesetzt. Das markenfremde Brot kostet nächste Woche 400 Mark und die Schrippe 15 Mark.

### Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Die zur Lohnregelung für den Kohlenbergbau mit Wirkung vom 1. 11. ab gefällten Schiedssprüche sind vom Reichsarbeitsministerium für den Zeitraum vom 1. bis 15. 11. 22 für verbindlich erklärt worden. Am 10. 11. gaben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über eine im Kohlenbergbau vom 16. 11. ab zu gewährenden weiteren Lohnsteigerung begonnen. Hierbei sind nach einer Meldung des „Vollanzeigers“ den Vorgeschlagenen vom 16. November ab eine Erhöhung der Lohnsätze um 55 %, sowie eine Erhöhung des Hausgeldes auf 60 Mark und des Kindergeldes auf 80 Mark genehmigt worden.

### Die Meldungen über bayerische Putzschadhaften.

Aus München wird gemeldet: Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: Die bayerische Regierung ist bereits am 4. November den Gerichten über angebliche Putzschadhaften in Bayern entgegengetreten. Sie hat damals festgesetzt, daß keinerlei greifbare Anhaltspunkte für diese in der Presse des In- und Auslandes verbreiteten Nachrichten vorliegen. Trotzdem sind die Tendenzmeldungen dieser Art nicht verstimmt, sondern werden hartnäckig weiterverbreitet. Es muß förmlich den Anzeichen erwidert, als ob gewisse Leute mit der Absicht derartige Nachrichten in die Welt setzen, dadurch Beunruhigung zu schaffen und eine politische Bewegung im Volke nachzubilden. Dieses Vorgehen ist ebenso tödlich wie gefährlich! Denn die dadurch erzeugte Stimmung kann Auswirkungen hervorrufen, die gar nicht vorausgesehen sind, namentlich in einer Zeit, in der es leider überall Wirre gibt, die zur Durchführung von Ideen bereit sind, an die Gewalt zu appellieren. Es wird deshalb erneut an die Bevölkerung die dringende Aufforderung gerichtet, die Bekämpfung zu bewahren und nicht durch die Verbreitung von falschen Gerüchten die Bewegung noch zu steigern, vielmehr die Verbreiter aller alarmierenden Ausstellungen der Polizei namhaft zu machen. Zur Sache selbst sei wiederholt darauf hingewiesen, daß nach der derzeitigen Lage keinerlei Anlaß zu Befürchtungen gegeben ist. Die bayerische Regierung wird wie bisher jedem Verleumdung, die öffentliche Ordnung zu stören, komme er woher er wolle, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

### Das Verbot bei der „Münchener Post“.

Amt M. N. R. wurde gestern in den Räumen der „Münchener Post“ eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen. Es soll sich um ein Verfahren wegen Landesverrat handeln. Die „Münchener Post“ hatte vor einigen Tagen Mitteilungen über angebliche Waffenkunde gebracht.

### Die Orientreise.

Unter dem Vorbehalt von Bonar Law fand gestern eine Sitzung des enghischen Kabinetts statt. Die sich, wie ge-

meldet wird, in der Hauptstadt mit der Orientreise befaßt. Die Orientreise ist wahrscheinlich infolge der Verhinderung des Abfalls durch die Kemalisten seit 48 Stunden die ausläufige Verbindung mit Konstantinopel unterbrochen. Die offiziellen Berichte besagen die Lage als ernst. Die alliierten Oberkommandos in Konstantinopel haben gefordert, daß alle kemalistischen Maßnahmen, die im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsvertrage stehen, widerrufen werden, andernfalls sie genötigt sein würden, wegen der notwendig werdenden Maßnahmen an ihre Regierungen zu berichten. An dem Wunsche der britischen Regierung nach einer Vorberührung der drei Außenminister vor Eröffnung der Lausanner Konferenz hat sich die französische Regierung noch nicht geäußert. Es ist indessen wahrscheinlich, daß sie eine Vertagung der Konferenz ablehnen wird und zwar erstens deshalb, weil Ismet Pascha, der Chef der türkischen Abordnung, Konstantinopel schon verlassen hat und weil zweitens der Türkei gegenüber nicht der Anschein erweckt werden dürfe, daß man die Resolution des Friedens aufschließen wolle. Der 13. November könnte als Eröffnungstag der Konferenz auch deshalb aufrecht erhalten werden, weil die Arbeiten erst nach Ankunft aller Abordnungen, hauptsächlich nach Ankunft des zweiten türkischen Vertreters mit Befolgen in Angriff genommen werden könnten. In der Zwischenzeit könnte eine Veronmünzung in Paris zwischen den alliierten Außenministern abgehalten werden.

### Die französische Kammer

gestern die Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik der Regierung, die am Freitag unterbrochen worden war, fort. Ministerpräsident Poincaré erwiderte das Wort zur Beantwortung der verschiedenen Interpellationen und sprach zuerst über innenpolitische Fragen. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung ging er auf die Lausanner Konferenz ein, die den Frieden im Orient wiederherstellen solle. Frankreich bemühte sich den Frieden im Orient aufrechtzuerhalten — trotz König Konstantin. Der Ministerpräsident ging dann im einzelnen auf die Wünsche der Konferenz ein, welche die Grenzen festhalten und die Widerarbeiten schärfen müsse. Die Frage der Meerengen könne nicht ohne Rücksicht entschieden werden. Am nächsten Freitag will sich Poincaré über die Reparationsfrage äußern. Die Fortsetzung der Budgetdebatte findet am Montag statt.

### Die Erzeugung giftiger Gase.

In der Stadt Woson soll demnächst eine kanadische Fabrik zur Erzeugung und Erforschung giftiger Gase und zwar als Anlaufpunkt der Deutschen Ozeanfabrik und Ozeanfabrik eröffnet werden. In der am 3. 10. in der Wosener Hülwerkstätte abgehaltenen Gründungsversammlung glaubte der General Roszowski darauf hinweisen zu müssen, daß die deutsche, stark entwickelte chemische Industrie in der Lage sei, im Kriegsfalle einen großen Teil der Provinz Woson durch Giftgase zu vernichten. Der kommandierende General des Wosener Korps, General Roszowski, machte diese Bemerkung des Generals Roszowski die Behauptung hinzu, daß Deutschland bereits Gase erfinden habe, gegen die keine Gasmaske schützen könne.

Diese Behauptungen sind fälschlich und der Luft gefahrlos. Die genannten polnischen Generale wissen ganz genau, daß dem Deutschen Reich die Erzeugung giftiger Gase durch den Versailles Vertrag untersagt ist und die J. M. R. die Durchführung dieses Verbotes genau überwacht. Der Zweck der wissentlichen falschen Beschuldigungen Deutschlands durch die beiden Generale ist leicht zu erkennen. Durch derartige Äußerungen sollen wieder einmal polnische Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland verleiheit werden. Die Errichtung einer Giftgasfabrik für Giftgase in Woson erfolgt gegen § 171 des auch von Polen unterzeichneten Versailles Friedensvertrages, der den Gebrauch von Giftgas überhaupt untersagt. Sie bemerkt aber, daß Polen trotz aller gegenteiligen Erklärungen den Schwerpunkt seiner Kriegsvorbereitungen an die Grenze gegen Deutschland gelegt hat.

### Der Präsident des gemischten Schiedsgerichtes für Oberschlesien

Prof. Raackendorf hat gestern der Reichsregierung seinen Antrittsbesuch abgeleistet. Der Reichskanzler dankte hierbei u. a. die deutsche Regierung um das Gesehene Abkommen in lokaler Weise und in vollem Umfang durchzuführen. Eine große Aufgabe habe das Schiedsgericht, in dessen Hände die Durchführung des Gesehene Abkommens zum guten Teile gelegt sei. Deutschland nehme an einer persönlichen Tätigkeit des Schiedsgerichtes auch deshalb besonderes Interesse, weil Oberschlesien trotz seiner Berechtigung ein zusammengehörendes und weil deutsche Brüder diesseits und jenseits der neuen Grenze wohnen. Prof. Raackendorf führte in seiner Antwort aus, es sei für ihn, der den Vorzug gehabt hätte, bei der Ausarbeitung des endgültigen Wortlautes des Abkommens mitzuarbeiten, eine große Genugtuung, nunmehr an seiner praktischen Verwirklichung mitarbeiten zu dürfen.

### Die neuen Gehaltsklassen in der Angestellten-Versicherung.

Durch die vom Reichstag zum Versicherungsgesetz für Angestellte beschlossenen Änderungen sind auch neue Gehaltsklassen für die Beitragsentrichtung gebildet worden, welche vom 1. November ab gelten. Der Monatsbeitrag, in dem der versicherungspflichtige Angestellte und sein Arbeitgeber je die Hälfte zu leisten haben, stellt sich in M. 1 (bis zu 7200 M. Jahresgehalt) auf 60 M. „ 2 von mehr als 7200 bis 14400 M. Jahresgeh. „ 100 „ „ 3 „ „ 14400 „ 28800 „ „ 170 „ „ 4 „ „ 28800 „ 57600 „ „ 280 „ „ 5 „ „ 57600 „ 72000 „ „ 420 „ „ 6 „ „ 72000 „ 108000 „ „ 600 „ „ 7 „ „ 108000 „ 144000 „ „ 820 „ „ 8 „ „ 144000 „ 216000 „ „ 1150 „ „ 9 „ „ 216000 „ 324000 „ „ 1690 „ „ 10 „ „ 324000 „ 432000 „ „ 2340 „ „ 11 „ „ 432000 „ 576000 „ „ 3100 „ „ 12 „ „ 576000 „ 720000 „ „ 3970 „ „ 13 „ „ 720000 M. „ 4540

Für die Versicherungspflicht ist der jährliche Gesamtverdienst künftig bis zu 840000 M. maßgebend. Dem Reichsarbeitsminister ist es vorbehalten, die Gehaltsklassen für die Versicherungspflicht mit Zustimmung des Reichsrats anderweit festzusetzen. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten hatte bei der Vorberatung des Gesetzentwurfs die Höchstgrenze fallen lassen.

### Zhr Bruch wird größer!

er tritt unter der Wolke aus. Wie eine Hand hält ihn Dr. Winterhalter's Erfindung D. N. W. von unten nach oben sicher zurück. Ohne Feder. S. St. Großstadt schreibt: Für die Wänder für mein Kind und mich meine wolle Bekleidungsstücke, sie sitzen sehr gut und sind bei nichts hinderlich, man merkt gar nicht mehr, daß man ein Band trägt. Bitte senden Sie meiner Mutter 1 Band nach Maß. Dr. Winterhalter & Co. m. b. H. Halle 6. Bin in Meisa, Hotel Säch. Hof, nur Mittwoch, den 15. November, von 8 bis 11 1/2 Uhr.

### Zur praktischen Durchführung des Reichsmietengesetzes.

Nach amtlichen Quellen bearbeitet.

Nachdem die Zuschläge zur gesetzlichen Miete endgültig feststehen, dürften den Beteiligten einige Erklärungen zur praktischen Durchführung des Reichsmietengesetzes erwünscht sein.

Das Reichsmietengesetz (R. M. G.) hält grundsätzlich die Vertragsfreiheit für das Gebiet der Mietverhältnisse, wie sie bereits nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bestand, aufrecht. Es ist also auch in Zukunft zulässig, die Miete zu vereinbaren. Das Gesetz gibt jedoch den Vermietern und den Mietern das Recht, jederzeit dem anderen Vertragspartei gegenüber zu erklären, daß an Stelle der bisherigen Miete (Vertragsmiete) die gesetzliche Miete gelten solle. Einer Zustimmung des anderen Teiles hierzu bedarf es nicht. Diese Erklärung muß in schriftlicher Form abgegeben werden. Sie ist ohne Rücksicht darauf zulässig, ob eine Kündigung des Vertrags erfolgen könnte oder nicht. Sie ist also insbesondere auch bei laufenden und langfristigen Mietverträgen, sowie auch dann zulässig, wenn die Miete auf Grund der bisherigen Vorschriften von dem Mieteinigungsamt festgesetzt worden ist. Das Recht zur Verletzung auf die gesetzliche Miete kann vertraglich nicht ausgeschlossen werden. Die gesetzliche Miete tritt von dem Zeitpunkt ab, für den die Kündigung des Mietvertrages nach den Bestimmungen des § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, also nicht des Mietvertrags, zulässig sein würde, an die Stelle des bisherigen Mietzinses. Bei vierteljährlicher Zahlung der Miete muß darnach spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres dem anderen Vertragspartei etwa folgendes schriftlich erklärt werden:

„Hiermit erkläre ich gemäß § 1 Reichsmietengesetz, daß an die Stelle der vertraglichen Miete die gesetzliche Miete treten soll.“ Die gesetzliche Miete tritt dann von Ersten des folgenden Vierteljahres ab in Kraft. Bei monatlicher Mietzahlung muß diese Erklärung spätestens am 15. des betreffenden Monats, bei wöchentlicher Mietzahlung am ersten Werktag der Woche schriftlich ausgestellt sein. Der gewollte Erfolg tritt dann mit dem nächsten Monatsanfang bzw. dem Anfang der folgenden Woche ein.

Der Grundgedanke des Reichsmietengesetzes ist der, daß Mietpreissteigerungen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzubewendenden Ausgaben notwendig geworden sind. Daraus folgt aber auch andererseits, daß der Vermieter hierzu berechtigt ist.

Bei Berechnung der gesetzlichen Miete wird von der Miete ausgegangen, die für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit zu zahlen war, der sogenannten Friedensmiete. Ueber ihre Höhe hat der Vermieter dem Mieter auf Verlangen Auskunft zu geben. Insbesondere hat er einen in seinem Besitz befindlichen Mietvertrag, aus dem die Höhe der Friedensmiete hervorgeht, dem Mieter auf Verlangen vorzulegen. Im Streitfall wird die Friedensmiete auf Antrag von dem Mieteinigungsamt (R. M. G.) festgesetzt. Ist die Friedensmiete nicht ermittelt, etwa weil keine Unterlagen vorhanden sind oder weil das Haus damals noch nicht errichtet war oder aus anderen Gründen, so erfolgt ihre Festsetzung auf Antrag durch das Mieteinigungsamt (vgl. § 2 R. M. G.). Auch wenn die Friedensmiete auf Grund der bisherigen Vorschriften von dem R. M. G. nachgeprüft und neu festgelegt war, oder wenn Mieter und Vermieter freiwillig vereinbart hatten, daß eine andere Friedensmiete gelten solle, ist nur die Miete zugrunde zu legen, die tatsächlich am 1. Juli 1914 zu zahlen oder angemessen war. Letzteres gilt auch ausnahmsweise für Fälle, in denen die Friedensmiete aus besonderen Gründen, z. B. unter Verwandten niedriger oder auch z. B. wegen besonderer Leistungen höher als ordentlich festgelegt war. Nunmehr ist die Grundmiete zu ermitteln, zu welcher dann die im R. M. G. vorgesehene Hundertsätze hinzutreten. Sie ergibt sich für Sachfen aus der Friedensmiete abzüglich 15 Prozent. In derselben treten in Mies folgende Zuschläge:

- 1. der Zinsendienst: 20 Prozent
  - 2. für laufende Instandsetzungsarbeiten: 130 Prozent
  - 3. für große Instandsetzungsarbeiten: 80 Prozent
  - 4. für Betriebskosten tritt hierzu noch ein sogenanntes Berechnungsgeld, welches durch das Landeswohnungsamt mittelfreiwilleg genehmigt worden ist.
- Die gesetzliche Miete kann darnach bereits jetzt ohne weiteres ausgerechnet werden, nämlich 200 Prozent zur Grundmiete, welche 85 Prozent der Friedensmiete darstellt, wozu später noch ein näher festzusetzendes Hundertsatz (etwa 20 Prozent) für die Verwaltungskosten tritt.

Beispiel.

Friedensmiete	100,— M
Grundmiete, 85 Prozent der Friedensmiete	85,— M
Dazu treten folgende Zuschläge zur Grundmiete:	
1. für Zinsendienst 20 Prozent	17,— M
2. für laufende Instandsetzungsarbeiten 130 Proz.	110,50 M
3. für große Instandsetzungsarbeiten 80 Prozent	68,— M
	280,50 M

Das Berechnungsgeld kann hierbei zunächst außer Ansatz bleiben, da es seiner Natur nach erst dann berechnet werden kann, wenn Betriebskosten bezahlt worden sind. Ein Versuch, dem Hausbesitzer sehr schon einen Grundstock für das selbe zu beschaffen, indem zunächst für das selbe, vorbestimmte späterer Berechnung 120 Prozent einschließlich 20 Prozent Vergütung für Hausverwaltung festgelegt werden sollte, ist zunächst erfolglos gewesen, da die Entscheidung darüber von der Kreisbauhauptmannschaft ausgeht worden ist, bis das Landeswohnungsamt das Berechnungsgeld genehmigt hat und der betreffende Antrag von Neuem bei der Kreisbauhauptmannschaft gestellt worden. Es bleibt darnach abzuwarten, ob dieses Berechnungsgeld erst am Ende des Miet-Vierteljahres (bzw. Monats, Woche) auf die Mieter verteilt werden kann, oder ob dem Vermieter noch während desselben eine Art Anzahlung in Form eines Zuschlages gestattet werden wird. Praktisch genommen ist dieses für die Mieter wenigstens ohne Bedeutung, da er seinen Anteil an dem Berechnungsgeld nach dem Reichsmietengesetz sowie so tragen darf und der Vermieter nur für tatsächlich gebaute Ausgaben das Berechnungsgeld fordern und verwenden darf (vgl. § 5 Ziffer 4 der Ausführungs-Verordnung zum Reichsmietengesetz).

Der Zinsdienst umfaßt die Steigerung der Zinsen von Grundstücksbelastungen, die in der Vorkriegszeit üblich waren, sowie die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastungen.

Zu den Betriebskosten gehören im Allgemeinen Grundsteuern, Brandversicherungsbeiträge, Gebühren bzw. Kosten für Kanalisation und Straßenreinigung, Kosten für Dünge- und Abfuhr, Schornsteinreinigung, Gas, Wasser, Strom, Haftpflichtversicherung, Glasversicherung mit Ausnahme der Schauspielerversicherung, Versicherung gegen Witterungsschäden, Rohrbruch und Ungeziefer, Hausmannschaft Vergütung für den Heizer der Sammelheizung. Zu den Betriebskosten rechnet das Reichsmietengesetz auch die Verwaltungskosten des Vermieters, die durch die Verpachtung des Hauses selbst entstehen, einschließlich einer Vergütung für die aufgewendete Arbeit. Für diese wird noch ein Zuschlag eingestellt werden, der, wie oben bemerkt, etwa 20 Prozent betragen dürfte und über den nicht abzuurteilen ist. Im Uebrigen muß aber der Vermieter über den ab Berechnungsgeld vorgesehene Zuschlag für die Betriebskosten der Mieternachnahme — was eine solche



nicht besteht, den Mietern — Abrechnung leisten. Betragen bis zum Abrechnungstermin — der nach erfolgter Genehmigung des Rechnungsgeldes noch festzusetzen ist — die Betriebskosten mehr als die Mieter hierfür bezahlt haben, so haben sie den Überschuss nachzuweisen. Dies gilt analog für den Fall, daß der vorerwähnte Grundstock für das Rechnungsgeld noch nicht gebildet sein sollte. Betragen die Betriebskosten weniger, so ist der Überschuss den Mietern bei der nächsten Mietinzahlung auszubringen. Bei der außerordentlichen Steigerung aller Preise und der fortschreitenden Geldentwertung werden aber die Mieter mit Nachzahlungen erheblicher Art rechnen müssen und gut tun, sich auf dieselben einzurichten.

Die Instandsetzungsarbeiten verfallen nach dem Reichsmietengesetz in laufende und in große. Letztere sind die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abwasserrohre, das Umdecken des Daches, der Abzug des Anstrichs des Hauses im Inneren, die Erneuerung einer Heizungsanlage für Sammelheizung und Warmwasserbereitung, Befestigung von Hauswänden, Tiefbauarbeiten, die zur Erhaltung des Hauses notwendig sind, Befestigung unterirdischer Mauerwerke, Erneuerung von Ofenröhren und von Balkenlagen sowie Befestigung großer Schäden, die durch Unfälle oder außergewöhnliche Naturereignisse (Blitzschlag, Hagel, Sturm) verursacht worden sind.

Alle übrigen Arbeiten, die am und im Grundstück und in den einzelnen Räumen erforderlich werden, sind laufende Instandsetzungsarbeiten. Beispielsweise gehören zu denselben: Umsetzen der Ofen und Herde, Ersatz der Instandsetzung von Kleinfächern, von Kleinfächern, Ofenrosten, Ofenplatten und Kacheln, Ausbesserungen von Fußböden am Hausen des Hauses und im Inneren, Instandhaltung und Erneuerung der Einfriedigung, der Gasleitung, der Stromleitung, einschließlich der Klingelleitung, Ausbesserung von Treppentritten, von Schornsteinen, von Schneefanggittern, von Abfallabfuhranlagen, Treppengeländern und der selbsttätigen Türschließer, Instandhaltung und Erneuerung von Dächern und Abwässern und deren Abdeckung, von Kleinfächern und Kleinfächern, Instandhaltung der Wasserleitungs- und Abfuhranlagen, Beschaffung von Reinigungsmaterial für den Hausmann und noch vieles andere. Die Vornahme dieser Arbeiten ist Sache des Vermieters. Dagegen sind in Mieta die sogenannten Schönheitsvorrichtungen durch den Mieter auszuführen. Es sind dies die zur Verrichtung der Wohnung im Inneren gehörigen Arbeiten, wie Anstricharbeiten an Fußböden, Türen, Wänden, Decken, der Innenseite der Fenster und Läden der Zimmer.

Der Vermieter muß den Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten (zur Zeit 100 Prozent) sachgemäß verwenden und dies der Mietervertretung bzw., wenn eine solche fehlt, den Mietern nachweisen. Einen eventuellen Überschuss darf er nicht für sich behalten, sondern muß ihn auf das nächste Jahr bzw. auf die spätere Zeit übertragen. Mit Rücksicht auf das rasche Steigen der Preise soll er die Instandsetzungsarbeiten möglichst zeitig vornehmen. Andererseits darf er nur erforderliche Arbeiten vornehmen und nicht etwa, nur um den Zuschlag zu verbrauchen, unnötige Arbeiten. Auch entspricht es der Billigkeit, daß der Vermieter nicht aus der eigenen Tasche ausgeben soll. Nicht also der Zuschlag nicht aus und liegen unangenehme Arbeiten vor, so dürfte der Vermieter bereit sein, diese auf Rechnung der künftigen Instandsetzungszuschläge vorzunehmen. Eine Entscheidung hierüber würde im Zweifelsfall den ordentlichen Gerichten zuzustehen. Von den Instandsetzungsarbeiten sind naturgemäß die wichtigeren vorweg zu erledigen, während weniger dringliche, wie z. B. Instandsetzung von Fußböden, zunächst zurückstellen sind. Um Streitigkeiten zu vermeiden, empfiehlt es sich, wegen der Reihenfolge ein Einvernehmen mit der Mietervertretung herbeizuführen. Einen Anspruch auf vorheriges Gehör oder auf Mitbestimmung hat dieselbe jedoch nicht.

Um den Nachweis über die Verwendung der Zuschläge zu führen, wird der Vermieter, zweckmäßig zugleich mit der Abrechnung über die Betriebskosten, der Mietervertretung eine Zusammenstellung darüber vorlegen, was er an Zuschlägen für laufende Instandsetzungsarbeiten eingenommen und was er für dieselben ausgegeben hat. Eine geordnete Buchführung wird diese Aufgabe erleichtern und ist zu empfehlen. Der Vermieter kann aber auch nach § 10 Absatz 6 der Ausführungs-Verordnung zum Reichsmietengesetz an Stelle des Nachweises gegenüber der Mietervertretung, die Belege bei dem Ortsmietenamt hinterlegen.

Nimmt der Vermieter dringliche Instandsetzungsarbeiten nicht vor, so kann ihn jeder Mieter oder die Mietervertretung bei Gericht verklagen. Bei unbedeutend notwendigen Arbeiten, z. B. um das Grundstück vor Verfall zu bewahren und um Gesundheitsgefährdungen und Verbraucherschädlichkeit für Wohnungen zu verhindern, kann daneben noch der Rat der Stadt angerufen werden. Hierher gehören z. B. unsichere Dachaufbauten, nicht aber Arbeiten, die lediglich der Wohnlichkeit der Räume dienen. Der Rat kann dann gegebenenfalls solche notwendigen Arbeiten im Wege des Verwaltungszwanges vornehmen lassen. Wegen der Ablehnung des Eingreifens und gegen die getroffenen Anordnungen kann Beschwerde beim Mieteinigungsamt binnen einer Woche erhoben werden.

Den Zuschlag für die großen Instandsetzungsarbeiten muß der Vermieter bei der künftigen Sparrasse auf sein Hauskonto einzahlen. Befreit sind nur solche Grundstücke, in denen kein einziger Mieter die gesetzliche Miete zahlt. Ueber die Einzahlung des Zuschlages, der zur Zeit 80 Prozent beträgt, erhält der Vermieter ein zugewiesenes des Ortsmietenamt (Ortsmietenamt) gepostetes Sparrassenbuch bzw. Quittungsbuch der Sparrasse über das Hauskonto, welches er der Mietervertretung, oder, wo keine besteht, den Mietern vorlegen soll, damit sich diese von der Richtigkeit der Einzahlung überzeugen können.

Wenn in der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 30. September 1922 große Instandsetzungsarbeiten bereits ausgeführt sind, so ist folgendes zu beachten: Der Vermieter soll die Summe erhalten, die er zur Verzinsung und Tilgung des dazu nachweisbar angewendeten Kapitals braucht. In solchen Fällen müßte der Vermieter also unter Umständen mehr von seinen Mietern erhalten als die festgesetzten 80 Prozent, nämlich falls diese nicht ausreichen sollten. Ueber die Abweichungen vom Hauskonto und die Höhe des Zuschlages entscheidet im Streitfalle das Mieteinigungsamt. Die Mittel des Hauskontos sollen dazu dienen, die Zins- und Tilgungsbeträge zu liefern, die der Vermieter für das für große Instandsetzungsarbeiten aufzubringende und von ihm zu beschaffende Kapital braucht. Der Zuschlag richtet sich nach der jeweiligen Lage des Geldmarktes, der Tilgungszins nach der Lebensdauer der vorzunehmenden Arbeiten.

Will der Vermieter die Zins- und Tilgungsbeträge aus dem Hauskonto ausgezahlt erhalten, so bedarf er hierzu der schriftlichen Genehmigung der Mietervertretung, wo eine solche fehlt, sämtlicher Mieter. Auf Grund der nachgeordneten Zustimmung ordnet der Rat — Ortsmietenamt — die Auszahlung an. Verweigern die Mieter grundlos die Zustimmung, so kann das Ortsmietenamt dieselbe auf Antrag des Vermieters erteilen. Daß sich im Laufe der Zeit eine größere Summe auf dem Hauskonto angesammelt, so kann statt der Zins- und Tilgungsbeträge die Auszahlung des erforderlichen Kapitals erfolgen. Die Zustimmung hierzu muß ebenfalls wie vorhergehend erfolgen. Immer aber darf nur für große, nicht für laufende Instandsetzungsarbeiten verwendet werden.

Schleier gestellt sind solche Vermieter, die das Gebäude erst nach dem 1. Januar 1920 erworben haben. Das Gesetz geht davon aus, daß, wenn das Grundstück beim Kauf in schlechtem Zustande war, sein Kaufpreis entsprechend geringer war. Für solche Mängel, die sie bereits beim Erwerb gekannt haben, oder doch hätten kennen müssen, erhalten sie deshalb keine Mittel aus dem Hauskonto. Auch dürfen sie weder Abzüge bei der Einzahlung auf das Hauskonto machen, wenn sie nach dem Erwerb große Instandsetzungsarbeiten vorgenommen haben, noch erhöht sich bei ihnen der große Instandsetzungszuschlag für solche Arbeiten. Da diese Bestimmung vielfach zu unbilliger Härte führt, insbesondere bei einem notwendig gewordenen Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung, entspricht es der Billigkeit, wenn die Mieter in solchen Fällen freiwillig die Auszahlung von Mitteln aus dem Hauskonto bewilligen.

Der Rat kann den Vermieter auch zur Vornahme von großen Instandsetzungsarbeiten zwingen, vorausgesetzt, daß das erforderliche Kapital aufgebracht werden kann. Hinsichtlich der Sammelheizung und der Warmwasserbereitung, die in Mieta nur in wenig Fällen eingerichtet ist, dürfte es genügen, auf die Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen, sowie darauf hinzuweisen, daß die Mieter die Kosten der Heizstoffe neben der gesetzlichen Miete zu zahlen haben. Dasselbe gilt für andere Nebeneinrichtungen, wie Dampftrakt, Strom usw. Die Kosten der Schaufelhervericherung haben die Interessenten zu tragen.

Weiter hat der Mieter neben der gesetzlichen Miete noch die Verzinsung der sogenannten Grundstücksverbesserungen zu tragen, die nach dem 1. Juli 1914 vorgenommen worden sind. Dieses sind Einrichtungen, die vorher nicht vorhanden, also in die Friedensmiete nicht eingerechnet waren, und die den Wert des Grundstücks erhöhen, z. B. Einbau von Gasleitungen, Bädern, Oefen in offene Zimmer u. a. m. Die Zuschläge hierfür sind aber nur für solche Verbesserungen zu zahlen, die in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. September 1922 vorgenommen worden sind, für spätere nur dann, wenn der Rat sie angeordnet hat oder wenn die Mieter damit einverstanden waren. Diese Zuschläge sind nach dem Verhältnis zur Grundmiete zu verteilen, gegebenenfalls nur auf die Mieter, denen sie zugute kommen.

Verursacht ein Gewerbebetrieb so hohe Instandsetzungskosten, daß der laufende Instandsetzungszuschlag nicht ausreicht, so kann das Mieteinigungsamt, falls die Parteien zu keiner Einigung kommen, einen besonderen Zuschlag zur gesetzlichen Miete festsetzen. Bei Räumen, die zu gewerblichen Zwecken hergerichtet oder verwendet werden, kann ein weiterer Zuschlag durch das Landeswohnungsamt festgesetzt werden.

Die auf das Hauskonto eingezahlten Mittel werden vielfach nicht ausreichen, um Grundstücke wieder instand zu setzen, deren Verfall weit über den Durchschnitt fortgeschritten ist. Um nun deren Bewohner, die wohl meist der ärmeren Bevölkerung angehören, nicht stärker zu belasten als die anderen, ist in Aussicht genommen, einen Ausgleichsfonds zu errichten, zu dem die Bewohner aller Grundstücke beitragen. Bestimmungen hierüber werden noch vorbereitet. Diese Ausgleichszuschläge werden voraussichtlich in eine gemeinsame Kasse fließen, aus welcher der Rat zur Instandsetzung besonders stark verfallener Häuser, die auf andere Weise nicht mehr instand gesetzt werden können, Darlehen oder Zuschüsse gewährt.

Die Mieter eines Hauses sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, eine Mietervertretung zu bestellen. Falls eine solche nicht von allen Mietern einstimmig bestellt wird, entscheidet die Mehrheit durch Wahl. Darnach kann man eine beauftragte und eine gewählte Mietervertretung unterscheiden, von denen die letztere Art über weitergehende Befugnisse verfügt.

Die Hauptaufgabe der Mietervertretung ist die, das Einvernehmen zwischen Mietern und Vermietern zu fördern. Jeder Mieter muß seine Streitigkeiten zunächst der Mietervertretung vortragen und ihre Vermittlung anrufen, bevor er sich an das Mieteinigungsamt wendet. Das Gleiche gilt für die Vermieter. Ferner hat die Mietervertretung dahin zu wirken, daß Mieter wie Vermieter solche Maßnahmen unterlassen, die die gemeinsamen Interessen der Vertragsparteien schädigen. Zu diesem gehört vor allem der Frieden zwischen den Parteien. Die in keineswegs lediglich eine Interessenvertretung der Mieter, sondern eine Vermittlungsstelle, die sich von sachlichen Erwägungen und nicht nur einseitig von der Rücksicht auf Mieterinteressen leiten lassen soll.

1. Die Mietervertretung hat weiter folgende Befugnisse:  
a. Der Vermieter hat ihr gegenüber den Nachweis zu führen, daß er den laufenden Instandsetzungszuschlag sachgemäß verwendet hat.
2. Sie ist berechtigt, beim Rat (Ortsmietenamt) den Antrag zu stellen, für Vornahme laufender Instandsetzungsarbeiten zu sorgen.
3. Die Abrechnung über die Betriebskosten ist ihr vorzulegen.
4. Zur Auszahlung aus dem Hauskonto ist ihre Zustimmung erforderlich.
5. Bei Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserbereitung hat sie bei der Beschaffung und Verwaltung der Heizstoffe mitzuwirken.

In allen diesen Fällen vertritt sie jeden Mieter, selbst wenn dieser nicht einverstanden ist und ist ihre Äußerung dem Vermieter und der Behörde gegenüber maßgebend. Weitere Befugnisse hat die gewählte Mietervertretung nur dann, wenn und soweit die Mieter ihr Vollmacht erteilt haben. Gegebenenfalls ist eine solche dem Mieteinigungsamt vorzulegen. Die einstimmig beauftragte Vertretung hat dagegen das Recht, die Mieter in allen Mietangelegenheiten zu vertreten.

Wo eine Mietervertretung nicht einstimmig bestellt ist, ist eine Wahl erforderlich. Diese ist nicht möglich in Grundstücken, in denen kein Mieter die gesetzliche Miete zahlt, oder in denen höchstens drei Wohnungen vermietet sind. In allen anderen Grundstücken kann sie erfolgen und zwar sind dann in Häusern mit weniger als 7 Wohnungen eine Person, in solchen mit mehr Wohnungen zwei Personen als Mietervertretung zu wählen. Wahlberechtigt sind alle Haushaltungsvorstände, auch Untermieter, die einen selbständigen Haushalt führen. Nur die Mieter, nicht aber der Vermieter, der im Hause wohnt, sind wahlberechtigt. Kommt keine Einigung über den Wahlleiter zustande, so hat der Mieter die Wahlen zu leiten, der am längsten in dem Hause wohnt. Die Wahl muß allen Wahlberechtigten angekündigt werden. Mindestens die Hälfte derselben muß sich an der Wahl beteiligen, sonst kann keine Wahl zustande kommen. Vertretung durch einen Stellvertreter ist zulässig. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte. Gewählt ist der, auf den sich die meisten Stimmen vereinigen.

Das Wahlergebnis ist bis zum 15. November 1922 dem Rat (Ortsmietenamt) anzugeben. Bei diesem liegen vom 16. November bis 24. November 1922 die Anzeigen aus. Nur innerhalb dieser Zeit können dieselben Einwendungen zu Protokoll erhoben werden. Einwendungen in anderer Form (z. B. schriftlich) werden nicht berücksichtigt. Mangelnde Einwendungen gilt die betr. Mietervertretung als gewährt. Werden Einwendungen erhoben, so erfolgt deren Prüfung durch das Ortsmietenamt.

Bei denjenigen Wahlen, die nach dem 15. November 1922 erfolgen, hat der Wahlleiter das Ergebnis in der Hausflur auszuhängen und den Tag des Ausschusses darauf zu vermerken. Mit dem Ausschuss beginnt die siebenjährige Frist zu Stromrechnungen. Die ebenfalls nur zu Protokoll zu ge-

ben sind. Am letzten Tage des Ausschusses haben der Vermieter und der Wahlleiter das Wahlergebnis unter Beifügung des Ausschusses dem Ortsmietenamt anzugeben. Die Wahl gilt solange, als das Reichsmietengesetz gilt, oder bis die Mieter eine neue Wahl vornehmen, was jederzeit möglich ist.

Auch bei Untermietern kann die gesetzliche Miete erklärt oder vereinbart werden.

Bei der Festlegung der gesetzlichen Untermiete möblierte Zimmer hat der Rat den vom Rat der Stadt Dresden gewiesenen neuen Weg beschritten. Auch hier wird von dem Mietzins ausgegangen, der am 1. Juli 1914 für die fraglichen Räume galt und zwar einschließlich Vergütung der Bedienung. Es ist also durch Mietzinsausgleichungen oder auf andere Weise zu ermitteln, was damals gezahlt worden ist. Ist eine solche Ermittlung nicht möglich, so ist zu schätzen, welche Miete 1914 für möblierte Zimmer gleicher Art und Lage hätte gezahlt. Was auf weiteres beträgt der Mietzins für möblierte Räume das Bestehen dieser Friedensmiete. Darin liegt zugleich die Vergütung für Dergabe der Möbel, Wäsche, sowie Bedienung, Bedienung, Waschen der Wäsche, Frühstück, Beleuchtung und Heizung sind besonders zu berechnen. Letztere Kosten bleiben der freien Vereinbarung überlassen. Im Streitfall legt für alle Punkte das Mieteinigungsamt die Untermiete fest.

Der Mietzins für leer vermietete Zimmer ergibt sich, wenn man den Mietzins der gesamten Wohnung durch die Quadratmeter sämtlicher Wohnräume, ausschließlich von Vorraum, Küche und sonstigen Nebenräumen, teilt. Der hierdurch gefundene Preis für das Quadratmeter leeren Wohnraumes ist mit der Quadratmeterzahl des vermieteten leeren Raumes zu vervielfachen. Hierzu wird ein Zuschlag bis zu 50 Prozent hinzugenommen und so der Mietpreis gefunden. Die Höhe des Zuschlages wird sich insbesondere nach der Lage und dem Zustand des Zimmers, auch innerhalb der Wohnung richten. Der Zuschlag soll ein Anreiz zur Vermietung leerer Zimmer bilden. Bei Zwangseinquartierung wird auf den Zuschlag nicht gerechnet werden können. Einig ist zwischen den Parteien keine Einigung, so ist das Mieteinigungsamt anzurufen. Der Hausbesitzer ist nicht berechtigt, vom Mieter einen Sonderzuschlag deswegen zu verlangen, weil er Untermieter hat.

Auf die Rechte aus dem Reichsmietengesetz kann niemand verzichten. Daher ist z. B. eine Vereinbarung, daß niemals die gesetzliche Miete verlangt werden dürfe, ungültig. Ungültig ist auch der Verzicht auf Abrechnung der Betriebskosten oder auf die Zahlung an das Hauskonto. Verträge, durch welche das Reichsmietengesetz umgangen werden soll, sind insoweit ungültig, als sie von demselben abweichen.

Der enge Rahmen dieses Aufsatzes kann naturgemäß nicht alle Möglichkeiten erschöpfen, die sich bei der Einführung und Durchführung des Reichsmietengesetzes ergeben können. Es empfiehlt sich darum, auf jeden Fall das Reichsmietengesetz und seine Ausführungs-Verordnungen einer genauen Einsicht zu unterziehen, umso mehr als die Bestimmungen des Gesetzes keineswegs einfach und in der Praxis ohne weiteres durchführbar sind.

Sache der Vermieter wird es nun sein, unverzüglich die Mieterverzeichnisse beim Rat einzureichen, für welche ihm neue Formulare zugehen, die auch dann auszufüllen sind, wenn sie bereits andere Mieterverzeichnisse eingereicht haben sollten, widrigenfalls sie sich Nachteile ausliefern könnten (Bußgelder bis 100 000 Mark oder Haft 3 28 R. M. G.). Die für diese Formulare entstehenden Kosten sind auf die Betriebskosten zu verrechnen. Ferner müssen sie die Mietzinsberechnung, bzw. die Festlegung derselben beim Mieteinigungsamt beantragen, damit die Mieter über ihre Verpflichtung unterrichtet werden. Die Mieter endlich müssen sich schleunigst über die Wahl von der Mietervertretungen schlüssig machen. Die in der künftigen Ausführungsordnung gefestete Frist muß hierbei peinlich genau eingehalten werden.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Miete eine gleitende Miete ist, die sich automatisch den Umkosten anpassen soll. In der heutigen Zeit der Teuerung und Geldentwertung ist darum mit öfterer Erhöhung der Zuschläge zu rechnen.

## Gerichtssaal.

—g. Die Raubzüge eines Fürsorgebalding vor Gericht. Eine größere Strafsache kam vor dem Dresdner Schöffengericht zur Verhandlung, es drehte sich um regelrechte Raubzüge eines erst 18 Jahre alten bereits wiederholt und ganz empfindlich vorbestraften Fürsorgebalding Kurt Otto Limbach, gebürtig aus Obermaundorf bei Rabenau. Der jugendliche Angeklagte beschäftigte schon mehrfach die Gerichte, wegen seines Lebenswandels wurde bereits 1915 vom Amtsgericht Xbarant die Fürsorgeerziehung angeordnet. So war Limbach nach längerer Strafverbüßung im Bezirksheim Saakhausen untergebracht worden, wo er Anfang August entwichen ist, um alsdann einige Wochen auf Koblenschächten im Waulenchen Grund zu arbeiten. Als ihm in Rauderode der Boden zu heiß wurde, suchte er in Quobren und Dresden sein Leben zu fristen, bzw. Unterschlupf. Dabei hatte er auch die Bekanntschaft eines Gelegenheitsarbeiters Wähler aus Schonungen bei Schweinfurt gemacht, der aber jetzt flüchtig ist. Limbach verübte mit Wähler eine große Anzahl Einbrüche und sonstige Diebstähle. Nicht weniger wie sieben zum Teil schwere Einbrüche verübte der scheinbar unverbesserliche Angeklagte allein im Grundstücke des Bezirksheims und im Krug von Ridda-Verfleghause. Bei diesen Diebereien erbeutete Limbach unter anderem zwei Handwagen, die allerdings auch gleichzeitig im Transport der oft umfangreichen gestohlenen Sachen dienen mußten. So kletterte er einen Schraubstock, eine Bohrmachine, Schlosserwerkzeuge, Eisen- und Metallteile, Kaninchen und vornehmlich auch Lebensmittel weg. Limbach und sein Gespielgefelle schleppten bei einem dieser nächtlichen Einbrüche in Saakhausen zum Beispiel einmal für rund 10000 M. Lebensmittel fort, einen ganzen Sack voll verfaulten Sie dann in einer Obstdube in Rauderode. Als dieser Sack feinerzeit aufgefunden wurde, erregte der Inhalt begreiflicherweise berechtigtes Aufsehen, das sich schließlich klärte, wobei die Waren stammten. In gleicher Zeit verübte Limbach in Vorstadt Striechen zwei Einbrüche mit nur teilweisem Erfolg. Weitere Einbrüche kamen in Quobren zur Ausführung. Am 21. August stahl Limbach dem Gutsherrn Jenzert daselbst aus der Wohnung 21 000 M. Bargeld, letzteres war in einer Ostschachtel versteckt. Als Limbach wenige Tage darauf wiederum bei Jenzert eindringen wollte, wurde er gestört, verübte aber dann sofort bei einem anderen Landwirt einen Kaninchen-diebstahl. Am 28. September konnte der Obstdube von der Gendarmerie in Kreischa festgenommen werden. Das Schöffengericht warf für die 12 unter Anklage stehenden Straftaten fünf Jahre Gefängnis aus.

—g. Schwurgericht. Die Auslosung der Geschworenen für die sechste und letzte diesjährige Tagung des Schwurgerichtes Dresden fand in öffentlicher Sitzung im Landgerichtsgebäude an der Willniger Straße statt. Es wurden u. a. durch das Los gezogen: Gemeindevorstand Otto Stein in Striechen, Amtshauptmannschaft Großenhain, Gutsherr Richard Gahst in Weißa, Amtshauptmannschaft Großenhain, und Maschinenmeister Paul Fiedler in Mieta. Den Vorsitz des Schwurgerichtes wird wiederum Landgerichtsdirektor Dr. Knuth führen, die Tagung beginnt voraussichtlich in der zweiten Septemberwoche.



# Tagesgeschichte.

## Deutsches Reich.

**Beratung über die Bauweise elektrischer Volkshahnslokomotiven.** Ueber die zweckmäßige Ausbildung der Bauweise von elektrischen Volkshahnslokomotiven sind in der vergangenen Woche in Kona in einem größeren Kreise von Eisenbahnsachleuten unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Gutbrod vom Reichsverkehrsministerium eingehende Besprechungen statt. Außer den Sonderfachleuten der deutschen Reichsbahnen waren Vertreter der österreichischen Bundesbahnen, der Schweizerischen Bundesbahn und der Schwedischen Staatsbahn anwesend, also derjenigen Bahnoverwaltungen, die für ihren elektrischen Fernverkehr das gleiche Stromsystem — hochgespannten Wechselstrom — gewählt haben, wie die deutschen Reichsbahnen. Der bei dieser Beratung zustande gekommene mündliche Austausch der Betriebserfahrungen trug wesentlich zur Klärung einer Reihe von Fragen über die Bauweise wichtiger Einzelteile elektrischer Lokomotiven bei.

**Die Einfuhrkontrolle für Opium.** Die Einfuhr des Opiums soll nach einem Beschluß des Völkerbundes, wie in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift mitgeteilt wird, unter Kontrolle gestellt werden, um den immer mehr um sich greifenden übermäßigen Genuß dieses gefährlichen Rauschmittels zu verhindern. Die Opiumerzeugung in Indien, die zur Zeit 12 173 Tonnen beträgt, ist von der englischen Regierung monopolisiert und war bisher der einzigen Produktionsweise, die sie unterstützt. Haben doch sogar die Engländer in zwei Kriegen die Chinesen gezwungen, das Einfuhrverbot für Opium aufzuheben, um dadurch ein mächtig großes Absatzgebiet zu erhalten. Seit 1917 ist nun die Einfuhr von Opium nach China nicht mehr gestattet; doch wurden 1921 28 Tonnen Opium nach Japan eingeführt und von dort nach China geschmuggelt. Auch in Mesopotamien und Palästina wurde mit dem englischen Protektorat das Opium eingeführt. Eine strenge Kontrolle des Opiumhandels würde daher ein großes Jugendschicksal der Engländer sein, das aber für die Menschheit von größtem Segen ist.

## Polen.

**Der Ausfall der Wahlen.** Der polnische Sejm, der jetzt verfassungsmäßig das Unterhaus ist, weicht in der neuen Zusammenfassung von der vorangegangenen Konstituante durch zweierlei ab. Der nationalpolitische Block des Großgrundbesitzes, der Priesterkastei und der von ihr geführten gut katholischen Bourgeoisie und christlichen Arbeiterklasse ist um einige vierzig Stimmen stärker geworden. Diese Zunahme bedeutet für ihn aber nicht den voreiligen hinausposaunten Sieg und die Erlangung der Mehrheit, denn diese Stimmen hat er nicht auf Kosten der Linksparteien gewonnen, sondern auf Kosten des sogenannten Zentrums, das eine gemäßigte Rechtsparterie unter Führung Skulski war. Die ganze Mittelgruppe — und das ist der erste wesentliche Unterschied vom vorigen Sejm — ist verschwunden; von 79 ihrer Sitze ist keiner geblieben, und in die Mitte des neuen Parlaments rückt ein Häuflein von acht Mann. Der zweite, sehr schwer wiegende Unterschied vom ersten Parlament ist, daß die Abgeordneten der nationalen Minderheiten von 18 auf 64 angewachsen sind. Da dies trotz einer für die Minderheiten außerordentlich ungünstigen Wahlkreisverteilung und Wahlordnung geschah, dürfte mit der frampfhaft betonten Legende vom polnischen Nationalstaat definitiv aufgeräumt sein. Dabei ist noch zu bedenken, daß von den zwei Millionen Nationalitäten in Ostgalizien nur eine polenfreundliche Gruppierung die Wahlen nicht boykottierte und fünf ultraliberalen Abgeordnete in den Sejm geschickt hat. Die beinahe vier Jahre tagende Konstituante hat ganz besonders schwer darunter gelitten, daß sie keine dauerhaften parlamentarischen Regierungen bilden konnte wegen der zu geringen Differenz zwischen den Kräften der Rechtsgruppen und der Linksparteien. Im neuen Sejm liegt es ebenso. Die Rechte mit 170 steht der Linken mit rund 185 gegenüber, — in jedem Falle ist die Opposition zu groß, um gegen sie dauernd regieren zu können. Der einen wie der anderen Seite wäre eine Regierung nur möglich durch Unterstützung der nationalen Minderheiten. Und diese werden eher eine Linkregierung als eine Rechtsregierung stützen, weniger aus Sympathie als aus Selbsthaltungstrieb. Vorläufig wehrt man sich gegen das Ausstehen einer so zahlreichen Minderheitenvertretung noch nach Kräften. Es ertönt der Ruf nach Ungültigkeitserklärung der Wahlen in einzelnen östlichen Gebieten, wo

die Minderheiten 70 bis 100 Prozent der Mandate erlangen. Vor allem aber hofft man noch, daß die Wahlen zum Oberhaus (Senat) die Kräfteverhältnisse zugunsten der Nationalisten verschieben werden. Das wäre insofern wichtig, als Senat und Sejm zusammen den Präsidenten wählen, also die Frage der weiteren Regierungsbildung schließlich entscheiden. Eine Regierung könnte sich nötigenfalls auf eine Mehrheit des Senats stützen, wenn es eine Mehrheit im Sejm nicht gibt. Darüber entscheiden die Wahlen im kommenden Sonntag. Die feierliche Eröffnung beider Parlamente ist auf den 28. angesetzt.

## Amerika.

**Die Einwanderung von Arbeitern erwünscht.** Das Finanzdepartement erklärt, daß jeder Vorschlag auf Abänderung der gegenwärtigen amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen, der geeignet wäre, dem Lande eine umfangreiche Zunahme von Arbeitern zu verschaffen, durch Mellon gebilligt werden würde, wenn er auch dafür sei, daß irgend ein Auswahlsystem zur Anwendung komme, durch das eine unerwünschte Zunahme anderer Einwandererkategorien verhindert werde.

**Der Wahlerfolg der Demokraten.** Nach einer Reuter-Meldung aus Washington ist die Zusammensetzung des neuen Repräsentantenhauses folgende: 225 Republikaner, 207 Demokraten, 1 Sozialist, 1 Bauernbündler, 1 Arbeitervertreter und 1 Unabhängiger. Im vorigen Parlament waren 296 Republikaner und nur 180 Demokraten. Allgemein ist man der Ansicht, daß diese Neuwahlen wieder einmal deutlich beweisen, daß das amerikanische Volk Parteien und Demokraten sind zwar noch sehr stark, aber sie sind nicht mehr ein wirklich soziales oder geistiges Bedürfnis. Der alte Gegensatz zwischen dem industriellen Norden und dem agrarischen Süden, auf dem die früheren Parteigegensätze beruhten, besteht nicht mehr. Die neuen sozialen Gegensätze werden vielmehr durch die verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei zum Ausdruck gebracht. Der alte Konflikt bleibt noch bis März. Darin hatte die Absicht, den Kongress für den 20. November zusammenzurufen, um den Senat zu wählen, ist jedoch sehr fraglich, ob er dies noch tun will, nachdem jetzt deutlich geworden ist, daß das Land den republikanischen Protektionismus verweist, aus dem dieser Gesetzentwurf hervorgegangen ist.

## Sport.

**Jugendwettkampfe in Riesa.** Der Jugendmeister erwartet morgen nachmittag 3 Uhr aus dem Schwarzen Platz die 1. Juniorenmannschaft der Sportfreunde Freyberg, die im dortigen Gau an der Spitze der Juniorenklasse steht und sämtliche Wettkampfsportarten gewohnt. Vorher findet ein Knabenwettkampf statt. Im übrigen werden von mittag 12 Uhr an Jugendwettkampfe ausgetragen in folgender Reihenfolge: 12 Uhr 1. Jun. Freyberg — R. S. V. 3. Jun., 1 Uhr 2. Jun. Freyberg — R. S. V. 2. Jun., 2 Uhr 1. Kn. — 1. Kn., 3 Uhr Hauptspiel 1. Jun. Freyberg — R. S. V. 1. Jun. In der Zwischenzeit auf einem Nachbarplatz 2. Jun. — R. S. V. Jun. 1. Kn. — Mühlberg 1. Kn.

**Schwärze und weiße Boxer.** Battling Siki der Sieger über Carpentier, wurde von der französischen Boxervereinigung für neun Monate disqualifiziert und es wurde ihm der Titel eines Champions von Frankreich abgenommen. Als Grund wird angegeben, daß Battling Siki verschiedene unangenehme Zwischenfälle veranlaßt habe, die eine disziplinarische Bestrafung bedingen. Gleichzeitig wird aus England gemeldet, daß die Regierung den für den 7. Dezember angekündigten Kampf zwischen Battling Siki und Tom Deckert verboten hat, da ein Kampf zwischen Farbigen und Weißen gefährliche Leidenschaften erwecken und dadurch die Interessen des englischen Volkes schädigen könnte. — Das „Berl. Tagbl.“ bemerkt hierzu: „Doch! sonderbar! Wenn ein Schwarzer gegen einen Weißen boxt, so ist das gefährlich, aber Farbige aller Schattierungen auf deutsche Soldaten loszulassen, das tangiert nicht den Kulturstandpunkt.“

**Das Kuratorium der Deutschen Hochschule für Leibesübungen** tagte am Freitag, den 10. November, im Reichsministerium des Innern zu Berlin unter dem Vorsitz von Staatssekretär a. D. Dr. Vernald. Als Vertreter der Behörden nahmen u. a. teil Staatssekretär Prof. Dr. Veder vom preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Regierungsrat Dr. Matwiz vom preussischen

Ministerium für Volkswohlfahrt. Den Bericht über das Sommersemester 1922 erbatete Dr. Schelenz anstelle des erkrankten Direktors der Hochschule für Leibesübungen, Geheimrat Prof. Dr. Bier. Im verkürzten Semester, dessen Höhepunkte die Einweihung des neuen Hochschulgebäudes und die Kampfspiele waren, ließen sich 52 Studenten und Studentinnen immatrikulieren. Sodann berichtete Schelenz über die Verhandlungen mit dem Reichs- und Staatsbehörden wegen der staatlichen Anerkennung der Hochschulzeugnisse. Staatssekretär Veder stellte namens seines Ministeriums die Förderung der Arbeit der Hochschule in Aussicht und betonte das große Interesse, das das preussische Unterrichtsministerium an der Arbeit der Anstalt nehme. Ministerialdirektor Prof. Dr. Krüß, der Leiter der neuen Abteilung für Leibesübungen im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wurde durch Akklamation zum Mitglied des Kuratoriums ernannt.

## Volkswirtschaftliches.

### Besserung der deutschen Zuckerewirtschaft.

Die milchliche Lage der deutschen Zuckerewirtschaft im vergangenen Jahr scheint sich im neuen Zuckerewirtschaftsjahr nicht zu wiederholen. Insbesondere werden die Ausfuhr für Auslandszucker, die in erheblichem Maße auf den Preis des deutschen Zuckers eingewirkt haben, nicht mehr nötig sein. Der Anbau von Zuckerrüben in Deutschland hat sich soweit gebessert, daß wir wieder in der Lage sind, den Zuckerbedarf der Bevölkerung aus eigener Kraft zu decken.

Der Verein der deutschen Zuckereindustriellen hat durch eine Umfrage bei den Zuckerrübenzüchtern festgestellt, daß sich die Zuckerrübenenernte gegenüber dem Vorjahre um etwa 30 Prozent erhöht hat und daß trotz des geringen Zuckergehalts der diesjährigen Rüben eine erhebliche Steigerung der Zuckerproduktion zu erwarten ist.

Nach den amtlichen Ausweisen sind im abgelaufenen Zuckerewirtschaftsjahr 18 797 734 Doppelzentner Verbrauchszucker in Deutschland auf den Markt gekommen. Davon waren 1 175 434 Doppelzentner Zucker ausländischen Ursprungs. Der Verein der deutschen Zuckereindustriellen gibt die zu erwartende Ausbeute an Verbrauchszucker aus der diesjährigen Rübenenernte auf 14 020 110 Doppelzentner an. Diese Zuckermenge ist sowohl nach dem letztjährigen Zuckerverbrauch in Deutschland wie nach dem Verbrauch in der Vorkriegszeit im höchsten Maße für den deutschen Inlandsbedarf ausreichend.

Von einer Sorge also — von der Sorge um den nötigen Zucker für den Hausbedarf — wird das deutsche Volk im laufenden Zuckerewirtschaftsjahr frei sein.

Von allgemein wirtschaftlichem Interesse für Deutschland ist, daß wir nunmehr aus erstermale seit Kriegsausbruch wieder in die Lage versetzt sind, deutschen Zucker ins Ausland verkaufen zu können, ohne den inländischen Zuckerbedarf zu schädigen, und daß wir auf diesem Wege andere wichtige Auslandsgüter für unser Volk zu erwerben vermögen.

**Notorderrufen für Hüte auch in Leipzig.** Am ersten Tage der Leipziger Hüteauktion (8. November) war der Preis trotz schwachen Angebotes ein sehr harter. Die Preise wurden gegenüber der letzten Auktion um 80 bis 100 Prozent heraufgesetzt. Absatz und Nachfrage blieben auch im weiteren Verlauf der Auktion sehr gut.

## Marktberichte.

**Ämtliche Preisfestsetzung an der Produzentebörse in Berlin, 10. November.** Weizen, märkischer 12 900—13 000, matter; Roggen, märkischer 11 800—12 200, pommerischer 11 800—12 200, schlesischer 11 800—12 200, medienburgischer 11 800—12 400, bei lebhafter Frage fester; Sommergerste 12 800—13 100, matter; Hafer, märkischer 13 000—13 700, pommerischer 12 800—13 500, besetzt; Mais (soso Berlin) 13 500—13 700, behauptet; Weizenmehl pro 100 kg brutto einchl. Sach frei Berlin 37 500—40 000, feinstes Markenmehl über Notiz bezahlt, still; Roggenmehl für 100 kg brutto einchl. Sach frei Berlin 33 800—36 000, still; Weizenkleie 6500—6700, Roggenkleie 6300—6700, fester; Mops 17 000 bis 18 000, fester; Erbsen, Viktoria 22 000—23 000; Bohnen 14 000—15 000; Lupinen, blaue 14 000—15 000, gelbe 15 500—16 500; Rapsfuchen 8000—8 300; Trockenfischel 5700—6000; vollwertige Zuckerrüben 7700—8000; Zorfmelasse 30:70 4200—4400.

# Persil bleibt Persil

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert. Alleinige Erzeuger: MENKEL & SIE, DUSSELDORF, auch der altbewährten „MENKEL'S WASH- und Bleich-Soda“.

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals lösen! Nur in Originalpackung!

## Professor Klugshabels Forschungsreise.

### Dresdner Brief.

Neulich ging es mir seltsam. Am Abend in frohlicher Runde trank ich ein Maß des kostbar gewordenen braunen Bieres zuziel und verspürte beim Erwachen das merkwürdige Gefühl in Kopf und Magen, das man gewöhnlich ein „Kater“ nennt. Nach alter Sitte gedachte ich diesem gefährlichen Wesen mit den besitzenden Eigenschaften eines Herings zu Leibe zu gehen und kühlte es bald erquicklich, wie ein Kampf der beiden Götter in meinem Innern begann. Als ich mit Bedauern bis zum beschwänzten Ende meines Meeresbewohners gelangt war, gab es zwischen meinen Zähnen einen Knarr. — Was, ein Pfefferkorn! Die daraus hervorströmende Schärfe tat mir wohl. Etwas erholte trat ich an das Fenster, öffnete es und zog die kalte Novemberluft begierig ein. Da draußen stand ein Solanderboot. Die letzten Blätter und einige der blaueparanen Bretzendorfer Hingern erfroren herab. Zu den letzten Zweigen aber gab es einen gewaltigen Speitel. Da hatte sich jedoch mit Pflanz und Geschrei eine große Sperlingsgesellschaft niedergelassen. Nun, das war ich gewohnt und noch nie hatte ich an den scharfen Lauten Anstoß genommen oder gar etwas Besonderes dabei gefunden. Heute aber war es anders. Ich unterschied Stimmen, ich verstand Worte, ganze Sätze! Oh, wie wunderbar! Ich hatte den Schlüssel zur Sperlingsprache gefunden! Sie unterhielten sich alle durcheinander, Männlein und Weiblein; und da sie sich kein Blatt vor den Schwanz nahmen, war es mir schwer, in dem Lärm eine zusammenhängende Rede zu ertönen. Das aber erkannte ich bald, sie erwarteten einen berühmten Gelehrten der Sperlingswelt, Professor Klugshabel, der einen Vortrag halten sollte, über eine Forschungsreise in die Menschengewelt. Da kommt er! riefen sie endlich und waren still, wie auf Kommando.

Und er kam! — Eigentlich sah man dem Professor Klugshabel nicht viel von Klugshabel an, aber das ist

bei den Späßen gewiß ebenso, wie bei uns, wo sich auch die Tüchtigsten meist äußerlich von den Untüchtigsten weiter nicht unterscheiden. So überwand ich meine Enttäuschung und lauschte gespannt auf den Vortrag. Der Professor setzte sich auf den obersten Zweig und begann: „Liebe, geehrte Anwesende! Wie! — Es ist mir eine Ehre, ein Vergnügen, Ihnen allen meine Ergebnisse und Forschungen im Menschenreich, genannt Dresden, vorzutragen zu dürfen. Viel habe ich gesehen, aber hat sich bei mir die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Haupt- und Schwanzfeder aller Weltordnung der Sperling ist, daß seine Klugheit, seine Herzengüte weit über das Maß menschlichen Wissens hinausreicht.“ Ein spontanes Beifallsrufen unterbrach die schwingvolle Rede. Dann fuhr Professor Klugshabel fort: „Ich stütze meine Behauptung auf folgende Erfahrungen. Das Menschenreich Dresden mit den vielen Höhlen, in die das Menschenvolk bei Tag und Nacht aus- und einfliegt, ist nicht das einzige Reich der Welt. Zwar war es mir nicht möglich, weiter fortzukommen, aber sie reden von einem Menschenreich, das noch viel größer sein soll, und Berlin heißt, ebenso von anderen, deren Namen ich mir nicht so schnell merken konnte. Dort soll es noch schlummer hergeben, als hier, aber ich habe schon von den Dresdner Menschen genug und übergenug. Ein großes, großes Haus steht mitten im Menschenreich. Sie nennen es ein Theater. Da gehen am Abend viele Leute in bunten Gewändern hinein, aber was darin getrieben wird, wer weiß es? Auch in andere glänzende Höhlen eilen sie bei dunkelnder Nacht, schlüpfen Löwe voll Rauses in ihren Mund, andere geben lodernde Feuerplauder von sich, die fast an die eingebildeten Eingeweide erinnern, wezu das? Mögen sie doch in der Welt kriechen und schlafen, wie kluge Sperlinge es tun! — Dann gibt es unter den Menschen solche, deren Leib dünn und rund ist, weil sie immer und überall essen und trinken, während andere wie Faunskatten, so dünn, einhergehen, weil sie nichts haben. Gibt es so etwas im Sperlingsland? — Nein! Da läßt einer den Andern nicht kommen, und wenn aus den großen Herbederren ein war-

mer Ball für uns herabgeworfen wird, ruft jeder anständige Sperling seine Mitvertinge und alle tun sich glücklich an der köstlichen Gabe. Ebenso, wenn auf dem Brett die köstliche ihren Tribut hinrent. Wer von uns ließe seine Brüder hungrig zurück? Die Menschen tun dies. — Auch sie sind faul und heuchlerisch. Die großen bösen Tauben, die so eingebildet auf uns herabschau'n, weil die Menschen sie ihre Haustiere nennen, werden von ihnen gehegt und gepflegt, bekommen Adener gestreut und eine warme Wohnung, aber keinen Tag sind sie ihrem Lebens sicher, denn, denn können Sie, liebe Mitvertinge! Als ich heute, getrieben von heiligem Forschungsdrang, in die Höhle der Köhler zog, fand ich zwei der bösen Tauben, die sich noch am vorhergehenden Tag auf dem Dachstuhl ein zärtliches Stellenchen gegeben, aller ihrer Federn beraubt, in einer eiferigen Flamme braten. Ist das nicht schändlich? Rufen wir unseren Freunden die Federn aus? Braten wir sie, um uns daran zu nützen? Nein, keinem anständigen Sperling wird solches einfallen! — Dann die Versammlungen bei den Menschen. Keine Rede gibt es da, wie bei uns, kein anständiges Anhören. Besonders die Weibchen, wenn sie versammelt sind, schreien und piepen alle durcheinander. Uns nennen sie die Gassenjungen unter den Vögeln, wir werden uns dafür rächen und sie die „falschen Späßen“ nennen. Eine Eigenschaft gibt es unter den Menschen, die wir nicht kennen, sie nennen sie Egoismus. Ein schönes Wort, das aber sehr schädlich ausdrückt, nämlich, daß jeder Mensch alles Gute nur für sich haben will, und daher kommt der viele Streit und Hader unter den Menschen. — Meine verehrten Anwesenden, seien wir froh, daß wir nicht als Menschen, sondern als Sperlinge auf die Dresdner Welt gekommen sind. Halten wir unser Sperlingsgarn heilig und laßt uns nicht die eingebildeten und garrigen Menschen zum Vorbild nehmen.“

Ungeheures Beifallsrufen antwortete dem Professor der nach einigen Abschiedsworten bestiebigt davonflog. Ich aber kühlte mich beschämt und beschloß, nie wieder einer solchen Versammlung auszuweichen. Regina Veribold



1. Ringelmannschaft des Niefer Sportvereins

1. Fortsetzung.

Es wurde immer finstere und finstere. Ein ganz kleines, weißes Licht war nur einen schwachen Schein in den Wogen.

„Eine Frau, die auch mit in unserem Mittel ist, möchte sich damit auseinandersetzen, daß die Geschicklichkeit bald kommt.“

„Aber ich würde nun an die Hand. Die schwarze Hand! Donner! laufe weiter! Sag über die höchste Erde Gedank. Sein eigenes Wort konnte man bald nicht verstehen.“

„Ganz unten, 79 Meter tief, lagen beinahe keine frische Klüften. Durch die Nacht kimmerten aus manchen Felsen schwache Lichter zu und zurück. Das war ein herrlicher Anblick!“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

„Aber ich war nun über die 573 Meter lange Strecke hinweggekommen. Die Höhenlinie, die gleich nach dem Ort Jocka kommt, haben wir leider verpasst.“

„Geduld! Ich bin in den Oberen Bahnhof von Witten ein. Da wir alle müde waren, liefen wir schnell nach der Jugendherberge. Die Straße führte immer bergab.“

„Na, da waren wir ja morgen früh! Nach dem Frühstück, alle konnten wir Herrn Köhler und Herrn Köhler. Alle konnten Herr Köhler, unter Köhler.“

Erzähler an der Elbe.

Beleg. Gratisbeilage zum „Niefer Tageblatt“.

Str. 45.

Wien, 11. November 1902.

45. Jahrg.

Gottesfurcht.

Wenn diese wackeren Leute von Frömmigkeit reden, dann haben sie die Gottesfurcht vor allem. Selbstverständlich wissen sie auch von Gottestrauen, aber höher steht ihnen noch die Gottesfurcht. Dieser Furcht man den Namen der Gottesfurcht nicht mehr so oft, wie er einem aus früherer Zeit entgegenkommt. Das ist aber ein großer Verlust; denn Gottesfurcht ist das Fundament aller Frömmigkeit. Das haben fröhliche Geisteskräfte wohl gewahrt und in ihrem gesunden Glauben hat sie glücklich gemacht und haben ihren Mann gehalten im Unglück.

Ohne Gottesfurcht kann es in keiner Seele zum rechten Glauben kommen. Glaubt es nicht allein Gottestrauen; er ist eben Gottesfurcht. Es offenbart sich aber selber immer ein Gottestrauen, das ohne alle Gottesfurcht ist. Schließlich das Vertrauen, das auf den Auferstehungsversprechen Gottes mühe einem aus der Welt helfen und Hilfe nicht dann tropfen, wie man sich sonst zu ihm stellt. Solche Vertrauen im Irrtum ist nicht anders gemeint als wie solche Errettung, die doch keine Errettung hat. Der Gottesfurcht gibt dem Gottestrauen erst die rechte Haltung. Schon das bewußte Wort ist von so ruhigen, erhaben Klang. Es gibt mehr für den Kampf des Lebens und die letzte Verantwortung als wie das jetzt so beliebte Wort Heiligkeit, das eine Abnung des Unvollständigen und ein Schwärmen im Irrtum bezeugen will. Der Gottesfurcht aber weiß Gott sich verantwortlich und verbunden.

Gott ist von Ewigkeit zu Ewigkeit. Tausend Jahre sind vor ihm wie der Tag, der gestern vergangen ist, und wie eine Nacht. Gott ist der Dämon, der in einem Leben wohnt, da niemand gekommen kann. Alle Gnade und Güte, die er im Evangelium auf die Menschen ausstreckt, ändert nicht an seiner unerschütterlichen Erblichkeit. Vor ihr bleibt auch der Frömmste in Achtung und Ehrfurcht stehen. Gott bleibt Gott, auch als der Vater der Menschheit.

Das möchte ich mir auch zu Herzen nehmen, und nicht mehr auf die Reben derer gehen, die Gott verehren wollen, wie er hätte sein müssen im Irre und im Irdischen, wenn sie an ihn glauben sollten. Es ist weit

mit uns gekommen, daß solche Reden überhaup nicht mehr genommen werden sind, auch von vornehmsten Bestand abgewiesen zu werden. Mit solchen Aussagen und kleinen Fragen des Lebens sind wir nicht die geringe Klarheit über die erhabenen Fragen des Lebens gewonnen und keine geistliche Gnade im Irre haben erhalten werden. Es hat jedoch kein Urteil über uns kommen in 2. Psalm (V. 4).

In seinen gewaltigen Urteilen hat Martin Luther: „Der dir gilt nicht dein Gutes“ und „Gott, die Gnade zu vergeben.“ Es ist doch unter uns und auch in dem hohen Leben. Der dir niemand ist schuldig sein; das muß dich fürchten lehren und bringe Gnade leben.“ Der Gottesfurcht widersteht es, daß wir uns aussetzen, wie wir uns von uns und bei Gott in Gnade leben können. Bei Luther's Ketzereien wählten die Leute es mit dem Wohlwollen tun zu können. Gnade hat Gnade so eingekommen davon, daß ihnen niemand etwas nachsehen konnte, daß sie erwarren, daß wir uns einmündig auf Gott machen, auf den Gott, der uns Verborgene hat, den der Verborgene nicht: „Der kann merken, wie oft er schreit! Vergehe mir die verborgenen Sünden!“ Gottesfurcht allein bewahrt vor jeder Erblichkeit, die die verhängnisvolle ist, der einer verfallen kann.

Es wird an der Zeit sein, daß wir Götter eines Götterreiches unter dessen Füßen das Erb der Welt so unermesslich zerfällt und die Welt in eine solche elende Verfallung gerät, umgeben zur Ehrfurcht vor Gott. Es muß ein Erntedank vor seiner unerschütterlichen Erblichkeit durch die Herzen gehen, die fromm sein wollen, und wir müssen verstanden auf jeden Mann, Gott mühe und Verdienst sein. In welchem Gemütszustand würde endlich das wahre Bewußtsein der Verantwortlichkeit vor dem höchsten Richter erwachen, der durch seinen Schein zu betrügen ist, der alle Verborgene des Derges durchdringt.

Solcher Gottesfurcht wird dann die wunderbare Erleuchtung anteil, daß das Gemüt den heiligen strengen Gott entdeckt als den vortrefflichen Erleuchter und Vergebener, der ganz Gnade ist. Das ist gebildet durch Gnade; an ihm wird sich die Verheißung erfüllen, daß unter Gnade der Sieg ist, der die Welt überwindet. „Der Gott fürchtet, wird mit Gnade behoben.“ Dr. Henz.

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

Von A. v. Winterfeld.

4. Fortsetzung.

Im Kasino der Kien Duforen herrschte lautes Lachen. Man sah nur heitere Gesichter. Jeder die hat und der heiteren Ordnungen lächelten. Jeder die hat, daß die Offiziere des Regiments alljährlich einmal verabschiedet, schied sich in der Stadt fort, als besonders gelungene und lobenswerte Arrangements, und das hat es in der Reihe der Winterverabschiedungen seit das schöne Glück bildete, galt als ausgemacht. So hatte man auch heute alles Vorbereitet erlassen, den Männern ein möglichst festliches Gedächtnis zu geben. Robert hatte sich, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, das Hauptverbot an die Arrangements erlassen. In fast heftiger Gewohnheit hatte er dem Abend entgegengebracht. Es war etwas Besondere, das heute kein Ende erfüllte. Von Waldenheim sollte ja zum ersten Male in diesen Räumen werden. Er hatte viele Mädchen kennen gelernt, aber schon seit Monaten, eigentlich seit er sie kannte, erfüllte nur eines die ihm Denken und Träumen. Da sie es abate? Er sagte: Er war in noch so unglücklich heimlich, so während müde und unbekannt, aber gerade das machte sie ihm doppelt lieb und angenehm. Im ersten Moment der Welt hätte er sie anders wünschen mögen.

„Ob Robert heute wohl loskommt?“ räumte ein junger Offizier seinen Kameraden zu. „Er nicht nur fast so aus.“ lautete die Antwort. „Hoffentlich werden wir alle zum Verabschieden eingeladen.“

„Einer doch!“ rief es zurück. Der Abend verließ glänzend und amüßend. Man sah in ihren weißen Kleide sehr lieblich aus, sie trug als einzigen Schmuck drei dunkelrote Rosen am Gürtel. Als sie gerade im Begriff waren, sich für das Fest anzu-

kleiden, hatte Henri sie ihr gebracht. „Das Sommer leute Rosen“, wie er sagte. Dann waren sie mit dem Vater durch den Garten fortgegangen nach der Provinzialhausstadt gefahren.

Ganz allmählich war das Abendrot am Himmel erloschen, abgedunkelt, wie dem Hölischen von einem gelichten Wesen, tiefen der matter werdenden Strahlen die Erde, bis Nacht und Dämmerung das alles in einem grauen Mantel hüllten, während die weißen Blüten leuchteten in den Bogen gekamelt waren. Unwillkürlich hatte das stromschnelle Fortschritt während die jungen Leute erst und nachdenklich schimmern.

„Wie hat es doch die Zeit vergehen zwischen der Militärprüfung des Frühjahrs und dem Sterben und Begraben des Herbstes! — Nur ein einziger, kurzer Abschiedsmoment!“ bemerkte Henri.

„Ja, es wäre traurig, wenn es keinen einzigen Frühling gäbe!“ hatte Hans erwidert, und dann waren sie bald am Ziel. Am Eingang zum Kasino empfing Franz von Waldenheim die Ankommanden. Er reichte Hans den Arm, sie zu den für die Damen bestimmten Räumen zu geleiten. Dabei hatte er ihr einen Strauß weißer Rosen gegeben, den sie freundlich angenommen, ohne zu bemerken, daß er ihr so besonders angeblüht. Nur daß er erfuhr war, als sie es fast an ihm empfand, daß er es war. Er blieb während des Abschieds kaum von ihrer Seite. Die anderen Damen ließen er fast nicht zu sehen. Seine Hände sah wohl und glücklich. Seit dem neulichen Geschehen mit Rosa wollte er ja, daß ihr Herz ganz frei, daß es ihm in kindlichen Vertrauen und trauer Freundlichkeit gebiete, wie es immer gewesen. Er sah ohne Arg, wie sich Franz unwillkürlich mit Rosa beschäftigte. Warum sollte er es auch nicht, konnte er sie doch schon von der Kindheit her, hatte er sie doch schon in einem der Jahre befreundeten Abschieden, hinter einer Gruppe Soldatinnen, überlassen und lauschte den Klängen der Musik, die vom Saal herüberkamen, während seine Gedanken in eine hohe, schöne Zukunft schweiften. Er sah sie kaum darauf ge-

Grund und Boden von G. v. Winterfeld. Wien, 11. November 1902. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Oskar. Wien.





